NACHRICHTEN
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

2 S 21395 E

4

Frankfurt, April 1971 | Einzelpreis 1,– DM | XI. Jahrgang

1. Mai - Kampftag der Arbeiterklasse

Es muß für viele sozialdemokratische Kollegen und Genossen eine bittere Enttäuschung sein, wenn ausgerechnet eine sozialdemokratisch geführte Regierung die Gefahr einer „legalen Entmachtung" der Gewerkschaften hervorgerufen hat. Lohnleitlinien, konzertierte Aktion und regierungsamtliche Orientierungsdaten des Wirtschaftsministers Schiller bedrohen grundsätzlich die Streikfreiheit der Gewerkschaften zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Am 1. Mai sollten darum alle Arbeiter einheitlich diesen gewerkschaftsfeindlichen Kurs des SPD-Ministers ablehnen und in Kundgebungen und Demonstrationen die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Gewerkschaften gegenüber der Regierung Brandt/Scheel betonen.

Der Arbeiterklasse wird nichts geschenkt. Die Unsicherheit ihrer sozialen Existenz wird immer wieder neu produziert. Kurzarbeit, Entlassungen, steigende Preise und Lohndruck kennzeichnen den schwankenden Lebensstandard der Arbeiterschaft. Unternehmer, ihre Presse und die Regierung wollen den Arbeitern die Schuld aufbürden für die Widersprüche und Folgen des kapitalistischen Systems. Mehr denn je ist es notwendig, am 1. Mai die Entschlossenheit zu demonstrieren, durch eine aktive Lohnpolitik den steigenden Lebenskosten entgegenzuwirken. Das ist die erste und beste Form der Mitbestimmung. Für Mitbestimmung demonstrieren heißt, der Kapitalherrschaft den Kampf anzusagen.

In der Bundeswehr beleben und pflegen „Hauptmänner" den reaktionären Geist; dort gibt es „Obristen" nach griechischem Muster. CDU/CSU, NPD und alle reaktionären Kräfte, die sich im Rechtskartell gesammelt haben, verketzern die demokratischen Volksrechte, weil sie diese abschaffen wollen. Schon einmal wurden die Gewerkschaften zerschlagen, am 2. Mai 1933. Darum ist es die Aufgabe aller Arbeiter, am 1. Mai gegen das Rechtskartell zu demonstrieren, gegen die Neofaschisten, die Revanchisten, die Reaktionäre aller Schattierungen.

CDU/CSU, FDP — die ganze bürgerliche Meute — erklären das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln für heilig und unantastbar. Auch die SPD-Führung stellt sich schützend vor dieses „Privateigentum" der Ausbeuterklasse. Das spätkapitalistische Profitsystem wird für legitim erklärt, d. h. wenn es nach dem Willen dieser Leute geht, wird die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen mit all seinen schlimmen Folgen verewigt. Das darf nicht sein. Darum gilt es am 1. Mai den Anspruch der Arbeiter auf die politische Macht zu demonstrieren und nachdrücklich den Willen zu äußern, den Spätkapitalismus nicht nur zu bekämpfen, sondern letztlich abzuschaffen, um auch in der Bundesrepublik den Weg zu einer sozialistischen Ordnung zu beschreiten.

Der 1. Mai ist der Kampftag der Arbeiterklasse. Man darf seine Verfälschung nicht zulassen, von wem sie auch immer kommt. Die Arbeiterklasse ist stark durch ihre Einheit. Unser Appell gilt darum den Gewerkschaftern, Kommunisten und Sozialdemokraten: Tretet einheitlich auf für eine aktive Lohnpolitik, für Mitbestimmung und soziale Sicherheit, für starke, unabhängige Gewerkschaften; übt internationale Solidarität, fordert Freiheit für Angela Davis, Frieden für Vietnam und Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau.

- jol -

Aus dem Inhalt:

Für souveräne Politik
Es geht um Unabhängigkeit und Zukunft der Bundesrepublik 2

SPD-Konflikt schwelt weiter
Parteiführung vedeutlicht ihre rechte Position 3

Anti-Lohnfront durchbrechen 5

IG Chemie kontra Leitlinie 6

„Roter Punkt" gegen Fahrpreiswucher 6

Bankangestellte streikten 7

Bergleute müssen aufholen 8

Keine Vereinheitlichung
Mängel in der Beamtenbesoldung bleiben 9

Teuerungszulage gefordert
Stahlarbeiter werden unruhig 9

1970 neuer Inflationsrekord
Höchste Preissteigerungen in der BRD seit vielen Jahren 10

Unsoziale Steuerpläne
Lohnempfänger sollen noch stärker belastet werden 11

250 Anträge zur DGB-Satzung
Entwurf soll verbessert werden — Viele Vorschläge blieben unberücksichtigt 12

IG-Druck-Jugend für Bündnis 13

32. Treffen in Leipzig 13

Jeder muß protestieren
IG Druck und Papier fordert zum Kampf gegen Betriebsverfassungsgesetz auf 14

Lohnpolitik und Mitbestimmung
Vom gesellschaftspolitischen Seminar der NACHRICHTEN 15

„Hausfrauenrente" ungenügend 16

Verwirklichte Einheit
25 Jahre SED — Ein historisches Ereignis in der Arbeiterbewegung 17

24. Parteitag der KPdSU 18

Das aktuelle Buch
„Gewerkschaften — Standort und Perspektive" — „Kriegsforschung in der BRD" 19

Mai-Aufrufe

Der DGB-Bundesvorstand hat einen Aufruf zum 1. Mai beschlossen, in dem u. a. erklärt wird:

„Die Abhängigkeit des Einzelnen und seiner Existenz von den Inhabern der wirtschaftlichen Macht nimmt ständig zu. Diese Entwicklung hat den Deutschen Gewerkschaftsbund veranlaßt, den 1. Mai 1971 unter das Motto zu stellen: ‚Mitbestimmung — der Mensch im Mittelpunkt'. Es geht um die Demokratisierung aller Lebensbereiche, damit unsere Welt gerechter und gesicherter vor Willkür und Ausbeutung wird. Deshalb fordert der DGB die gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb, im Unternehmen und in der Gesamtwirtschaft. Dazu gehört auch die Verabschiedung eines modernen Betriebsverfassungsgesetzes, das die Mitbestimmung der Betriebsräte in personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen gewährleistet . . .

Die Gewerkschaften werden ihre Tarifpolitik mit dem gleichen Verantwortungsbewußtsein, aber auch mit der gleichen Tatkraft wie bisher fortsetzen. Jeder Versuch, die Tarifautonomie zu beschneiden, wird härtestem Widerstand begegnen . . .

Seit der 1. Mai als Kampf- und Feiertag der Arbeitnehmerschaft begangen wird, war er auch immer Ausdruck des Wunsches nach Völkerverständigung und Frieden. Der DGB bekennt sich erneut zu diesen Zielen und grüßt die arbeitenden Menschen aller Kontinente in brüderlicher Solidarität. Die friedliche Entwicklung unserer Welt und die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit hängen in entscheidendem Maße von der Kraft der Gewerkschaften ab. Deshalb appelliert der DGB zum 1. Mai an alle arbeitenden Frauen und Männer in der Bundesrepublik, sich den DGB-Gewerkschaften anzuschließen.

Im Mai-Aufruf des Präsidiums der DKP heißt es u. a.: „Auch unter der von rechten sozialdemokratischen Führern bestimmten Bundesregierung werden die Reichen immer reicher, die Monopole immer mächtiger, die Arbeiter und Angestellten aber immer einflußloser . . . Das tägliche Leben, die Erfahrungen jahrzehntelanger Klassenauseinandersetzungen beweisen, daß es zwischen Kapital und Arbeit keine Partnerschaft gibt. Die Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen wie in der ganzen Gesellschaft kann nur durch den einheitlichen antimonopolistischen Kampf der Arbeiter selbst erreicht werden. Frieden, Sicherheit und Zukunft müssen gegen den Rechtskurs des Großkapitals, gegen die Macht der alten Verderber Deutschlands durchgesetzt werden."

Für souveräne Politik

Es geht um Unabhängigkeit und Zukunft der Bundesrepublik Vertrags-Ratifizierung und DDR-Anerkennung vordringlich

Die USA haben die Bundesrepublik fest im Griff. Jeder auch nur einigermaßen bedeutende außenpolitische Schritt der Regierung in Bonn bedarf der Zustimmung der „Schutzmacht" jenseits des Atlantiks. Der Imperialismus der USA übt als Weltgendarm Druck aus auf die Bundesrepublik, damit sie sich — jetzt und auf die Dauer — den Weltinteressen der USA ein- und unterordnet. Die Anwesenheit der USA-Besatzungstruppen, die kapitalmäßige Durchdringung der Wirtschaft und die Eingliederung der BRD in die NATO sind die festen Klammern, mit denen die Bundesrepublik im Interessenbereich des USA-Großkapitals festgehalten wird. Die CDU/CSU, die FDP und die von der SPD geführte Regierung vollstrecken den Willen der USA in der Bundesrepublik.

Es ist jedoch notwendig hinzuzufügen, daß es zwischen den herrschenden Kräften des Großkapitals in der BRD und ihren Politikern und denen, die in den USA den Kurs bestimmen, im Grundsätzlichen keinen Interessenkonflikt gibt, sondern eine weitgehende Übereinstimmung in den strategischen politischen Zielen. Das betrifft sowohl die Aufrechterhaltung und Stabilisierung der Ausbeuter-Herrschaft im Innern wie auch ihre aggressive Zielsetzung nach außen; mag es sich um den Krieg gegen das vietnamesische Volk handeln oder auch um die Politik des sanften oder groben Drucks und der Drohungen gegen die sozialistischen Staaten.

In dieser Gesinnung, diesem Handeln sind sich Brandt und Nixon völlig einig. Helmut Schmidt kann des Beifalls von Strauß und Guttenberg sicher sein, daß durch seine Initiative jetzt die Bundeswehr eine neue Luftwaffe erhält. Das Kampfflugzeug Phantom wird die durch Abstürze dezimierte Starfighter-Flotte ablösen. So wird das Rüstungsgeschäft in den USA auf Kosten der Steuerzahler der BRD weiter blühen.

Angesichts der Verträge der BRD mit der Sowjetunion und Polen und der Absicht, weitere Verträge mit sozialistischen Staaten abzuschließen, drängt sich die Frage auf: Glauben Willy Brandt und Helmut Schmidt wirklich, daß es möglich sei, das Unmögliche zu machen: friedliche Koexistenz mit den sozialistischen Staaten und Verstärkung der Kriegsrüstung, wozu der Antikommunismus als Begründung angeheizt wird? Vor allem: Wohin soll das führen?

Wer an die Zukunft denkt, darf das Schicksal der Bundesrepublik nicht an die Interessen der USA binden. Die Verträge mit sozialistischen Staaten eröffnen für die Bevölkerung der Bundesrepublik die Chance, ihre Heimat wirklich souverän zu machen, die BRD aus der Bevormundung durch die USA loszulösen. Raus aus der NATO — raus mit den Besatzungstruppen aus der BRD! Der Krieg ist seit 25 Jahren beendet und es gibt keine Bedrohung der BRD.

Die innere gesellschaftliche Entwicklung der BRD ist eingeklemmt in den Schraubstock des eigenen Machtapparates der hiesigen Konzernherren und zusätzlich in den der Besatzungstruppen. Jede grundlegende Wende in der BRD, jeder ernsthafte Schritt zur Abschaffung der Kapitalherrschaft, der Ausbeutung der großen Mehrheit des Volkes durch die Konzernherren, stößt auf diesen doppelten Machtapparat. Der Abzug aller ausländischen Truppen mit ihrem gesamten militärischen Material einschließlich aller atomaren, biologischen und chemischen Waffen und ein neues Sicherheitssystem auf

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

der Basis der friedlichen Koexistenz würden in der Bundesrepublik das Kräfteverhältnis zwischen der Arbeiterklasse und dem vereinigten Konzern- und Staatsapparat zugunsten der arbeitenden Menschen verändern.

So ist auch der soziale Kampf der Arbeiter und Bauern, der werktätigen Intelligenz mit den Verträgen und einer europäischen Sicherheitskonferenz verknüpft. Es sind also sehr wesentliche Probleme mit einer Politik der friedlichen Koexistenz verbunden. Je schneller die Erkenntnis wächst, daß friedliche Koexistenz und die Vertragsabschlüsse im Interesse der Völker antiimperialistischer Kampf sind, desto eher wird es gelingen, den notwendigen Druck zu erzeugen, um die Macht des Imperialismus einzudämmen und letztlich zu überwinden.

Natürlich nützen Appelle, etwa an die von Brandt geführte Regierung, eine

antiimperialistische Politik durchzuführen, nichts. Jeder Schritt vorwärts muß im Kampf errungen werden. Die Existenz dieser Regierung Brandt/Scheel selbst ist auch ein Resultat der Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt und zwischen beiden deutschen Staaten. Der Sozialismus wird immer stärker, die Arbeiterklasse in kapitalistischen Ländern erweitert ihre sozialen und politischen Kampfaktionen, Millionen Menschen, ganze Völker haben sich erhoben und kämpfen aktiv gegen den Imperialismus. Diese Entwicklung geht weiter, sie hat bereits die Imperialisten auf die Straße der Verlierer gebracht.

Wenn angesichts dieser Sachlage die Nixon-Regierung, die CDU/CSU und die SPD-Minister die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten durch Sabotage der Verträge zu erpressen suchen, so ist das vollständig zum Scheitern verurteilt. In Vietnam geht der USA-Imperialismus unvermeidlich einer militärischen und vollständigen politischen Niederlage entgegen. Die Sowjetunion hat einen neuen Abschnitt ihrer inneren Entwicklung eingeleitet, die sozialistischen Länder rücken enger zusammen und erhöhen ihr weltpolitisches Gewicht.

Die DDR geht ihren Weg als sozialistischer Staat eng verbunden mit der Sowjet-Union. Im Weltmaßstab stehen sich heute die Klassen mit ihren gegensätzlichen Interessen auch als Staaten gegenüber. So auch die beiden deutschen Staaten, die DDR als Staat der verbündeten Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Intelligenz und die BRD als Staat der herrschenden Ausbeuterklasse. Hier gibt es keine Gemeinsamkeiten. Die Wirklichkeit ist der Gegensatz.

Die jeweiligen gesellschaftlichen Systeme werden sich weiter auf ihrer eigenen Grundlage entwickeln. Damit wird die politisch-ideologische Auseinandersetzung zwischen der BRD und der DDR unvermeidlich weiter zunehmen. Um so notwendiger aber ist eine Regelung der staatlichen Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf der Basis des Völkerrechts, die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik und die Anerkennung Westberlins als besondere politische Einheit.

Alles Gerede von der „deutschen Nation", deren Einheit es zu vollenden gelte, kann die harte Wirklichkeit der Klassengegensätze zwischen beiden deutschen Staaten nicht aus der Welt schaffen. Nationale Politik kann in der Bundesrepublik nur verstanden werden als antiimperialistische Politik, die einmünden muß in den Kampf der Beseitigung der staatsmonopolistischen Herrschaft, in den Kampf um eine neue gesellschaftliche Ordnung — den Sozialismus. Auf diesem Wege findet die nationale Frage in der BRD in der Zukunft ihre Lösung.

Josef Ledwohn

SPD-Konflikt schwelt weiter

Druck gegen Juso-Führung verdeutlicht rechte Position
DKP bereitet ihren Parteitag für November 1971 vor

Für alle Sozialdemokraten sei das Godesberger Grundsatzprogramm verbindlich, stellt der Parteivorstand in seiner Erklärung zu den Beschlüssen des Bremer Bundeskongresses der Jungsozialisten fest und entwickelt dann in diesem Papier die Positionen der SPD zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im spätkapitalistischen Herrschaftssystem der Bundesrepublik. Die Parteivorstandserklärung macht deutlich, wie weit die politischen Vorstellungen des Parteiestablishments von denen der Jusos entfernt sind.

Während die Jusos eine Politik schrittweiser Veränderung der Gesellschaft durch die Aufhebung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse im Grundsatz für notwendig halten, hat die Führungsmannschaft der SPD unter Willy Brandt ein offenes Bekenntnis zum Ausbeutersystem des Spätkapitalismus, zur sogenannten freien Marktwirtschaft, zum „freien Wettbewerb" und zur „freien Unternehmerinitiative" als Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik abgelegt. Das heißt aber nichts anderes als Verzicht auf die Ausweitung der Mitbestimmung und Durchsetzung grundsätzlicher sozialer Reformen gegen den Widerstand des Großkapitals.

Daß diese Position des Parteivorstandes im Widerspruch steht zu den Grundsatzforderungen des eigenen Parteiprogramms, das eine schrittweise Änderung der gesellschaftlichen Struktur fordert, ist dem Parteivorstand, trotz seines Hinweises auf die Verbindlichkeit seines Grundsatzprogramms für alle Parteimitglieder, offenbar gleichgültig.

Eine noch deutlichere Absage an die politischen Forderungen der Jusos lieferte Willy Brandt selbst in einer programmatischen Rede vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag im Februar dieses Jahres in Bonn. Vor den Vertretern der Unternehmer unterstrich Willy Brandt noch einmal den antikommunistischen Standpunkt des SPD-Parteivorstandes und sagte dazu wörtlich: „Wer das nicht begreift oder sich nicht danach richtet, dem wird klar gemacht, daß er in meine Partei nicht hineingehört."

Willy Brandt versicherte den versammelten Unternehmern, seine Regierung strebe nicht nach einem sozialistischen Europa und sei nicht Widersacher der Unternehmer, sondern Geistesverwandter in bezug auf „gesellschaftlichen Fortschritt und politische Effizienz". Auch bei dieser von der Unternehmerpresse mit Genugtuung verzeichneten Ausführung bezog sich der Bundeskanzler auf die „marktwirtschaftlichen Aussagen" des Godesberger Programms, aber unterschlug dabei, daß im Godesberger Grundsatzprogramm gefordert wird: „Im demokratischen Staat muß sich jede Macht öffentlicher Kontrolle fügen . . . In der vom Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet. Der demokratische Sozialismus strebt darum eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung an."

Die Angriffe des Parteivorstandes der SPD gegen die Beschlüsse der Jungsozialisten treffen gleichzeitig auch die Grundsatzforderungen der Gewerkschaften. Wenn es im DGB-Grundsatzprogramm heißt: „Die Gewerkschaften kämpfen um die Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Damit wollen sie eine Umgestaltung von Wirtschaft und

„Starfighter"-Ersatz

Vor kurzem ist der 135. Starfighter abgestürzt. Diese Absturzserie hat den Steuerzahler bisher 1,08 Milliarden DM gekostet. Stellt man dem finanziellen Aufwand für einen Starfighter die Baukosten für eine Drei-Zimmer-Wohnung gegenüber, so könnte man für den Starfighter-Kaufpreis in Höhe von 8 Millionen Mark 80 moderne Wohnungen bauen. Der Wert der 135 zu Bruch gegangenen Starfighter entspricht dann dem finanziellen Aufwand für 10 800 Drei-Zimmer-Wohnungen oder 77 Krankenhäusern mit je 200 Betten.

Sollte jemand auf den Gedanken kommen, wenn es so weitergeht, müßte der Vorrat an Starfightern der Bundeswehr bald aufgebraucht sein — dann braucht er sich keine Sorgen zu machen. Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt hat inzwischen schon für Ersatz gesorgt: Die Bundeswehr bekommt aus den USA den „Phantom"-Jäger, Kostenpunkt: 18 bis 20 Millionen DM gleich 180 Drei-Zimmer-Wohnungen oder ein modernes Krankenhaus mit 200 Betten.

Des sozialdemokratischen Bundesverteidigungsministers Schmidt Parole heißt: Weitermachen!

okolus

Gesellschaft einleiten, die darauf abzielt, alle Bürger an der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Willensbildung gleichberechtigt teilnehmen zu lassen", gibt es zwischen gewerkschaftlichen Auffassungen und denen der Jusos keine Unterschiede.

Der Parteivorstand der SPD jedoch lehnt in seiner Stellungnahme zu den Beschlüssen der Jusos Mitbestimmung als Mittel zur Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft entschieden ab. Stattdessen wird in der Erklärung die Gefahr heraufbeschworen, Mitbestimmung könne die Funktionsfähigkeit der Betriebe beeinträchtigen, ja, die Zerstörung der Gesamtwirtschaft zur Folge haben. Die Mitbestimmung als Ausgangspunkt gesellschaftlicher Veränderungen mache die Mandatsträger zu „willenlosen Vollstreckern fremder Entscheidungen".

Das sind die gleichen demagogischen Argumente wie die der Unternehmer und ihrer Presse — mit dem Unterschied, daß jene auf die Umschreibung „fremde Entscheidungen" verzichten und offen von „betriebsfremden Entscheidungen der Gewerkschaftsfunktionäre" reden. Wenn dann in der Stellungnahme des Parteivorstandes doch noch die Forderung nach paritätischer Mitbestimmung zu einer unverzichtbaren Forderung der SPD erklärt wird, kann das nur als ein Versuch verstanden werden, die Arbeiter und Angestellten auf diesem Wege in das bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu integrieren.

Die von den Jungsozialisten vertretene Politik entspricht durchaus den gewerkschaftspolitischen Vorstellungen. Insofern ist es logisch, daß der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, H. O. Vetter, die Zusammenarbeit zwischen der Gewerkschaftsjugend und den Jungsozialisten begrüßt hat und erklärte, diese Zusammenarbeit könne zu konkreten Veränderungen unserer Gesellschaft theoretisch und praktisch beitragen. Die Gespräche zwischen Jungsozialisten und Gewerkschaftsjugend, die bisher zweimal stattgefunden haben, sollen weitergeführt werden.

Die Jungsozialisten wollen sich im Rahmen der gegenwärtigen Zusammenarbeit bemühen, über ihre Organisationsgliederungen auf sozialdemokratische Abgeordnete einzuwirken, damit sie die Forderung der Gewerkschaftsjugend nach einem Betriebsverfassungsgesetz, das die Rechte der Arbeitnehmer und Gewerkschaft im Betrieb, insbesondere auch die der Jugendvertreter, verbessert, verstärkt unterstützen. Im einzelnen hat sich gezeigt, daß zwischen den Gesprächspartnern ein großes Maß inhaltlicher Übereinstimmung vorhanden ist.

Eine Reihe politischer Ereignisse macht offenkundig, daß es dem SPD-Parteivorstand nicht gelingt, durch Vorstandsbeschlüsse den Widerstand linker Kräfte in der SPD gegen die Politik der Parteiführung zu unterbinden, wie es ebensowenig gelingen wird, gemeinsame Aktionen sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter durch den Münchner Parteiratsbeschluß zu verhindern. Die Abwahl des Kölner Parteivorsitzenden, von Nes Ziegler — Landtagsvizepräsident und Juso-Gegner — sowie die mit nur einer Stimme Mehrheit erfolgte Wiederwahl des Vorsitzenden des SPD-Bezirks Hessen-Süd, Ministerpräsident Albert Oswald, zeigen das wachsende Mißtrauen der Parteimitglieder gegenüber der Politik der Parteiführung und der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung und Länderregierungen.

Bezeichnend für die politische Situation in der SPD sind auch die Wahlen zu den Länderparlamenten nach der Übernahme der Bundesregierung durch Willy Brandt. Alle Wahlen brachten der SPD zum Teil erhebliche Verluste an Wählerstimmen, besonders dort, wo sich der Rechtskurs der Partei deutlich zeigte. Lediglich der von dem „linken" Sozialdemokraten Dröscher geführten Partei in Rheinland-Pfalz gelang ein bemerkenswerter Wahlsieg. Diese Ergebnisse bestätigen, daß nicht nur die Parteimitglieder, sondern auch die Wähler an der Politik der sozialdemokratischen Parteiführung irre geworden sind.

Der reformistische und opportunistische Kurs der sozialdemokratischen Parteiführung erfordert von den fortschrittlichen demokratischen Kräften in der Bundesrepublik und nicht zuletzt auch von der DKP die Entwicklung und Propagierung politischer Alternativen, die der Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik entsprechen und von ihr verstanden werden. Die Jungsozialisten werden sich auf einer Sitzung ihres Bundesvorstandes mit der Stellungnahme des SPD-Parteivorstandes beschäftigen und ihre politische Auffassung gegenüber den Angriffen verteidigen.

Die DKP beginnt mit einer Diskussion über die Vorbereitungen ihres diesjährigen Parteitages und hat in einem Brief an ihre Parteimitglieder dazu festgestellt, daß sie die Partei in der Bundesrepublik sei, die die Klasseninteressen der arbeitenden Bevölkerung gegen das herrschende Großkapital entschieden wahrnimmt und um eine tiefgreifende demokratische Umgestaltung unserer Gesellschaft kämpft. Dementsprechend werden die Aufgaben der DKP zur Vorbereitung des Parteitages in dem Bemühen bestehen, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herzustellen als Voraussetzung für die Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses in der Bundesrepublik zugunsten der Arbeiterschaft. sr

Wirtschaftsrat

Der Bundesausschuß des DGB hat Anfang März eine Konzeption zum Thema gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung vorgelegt. Sie sieht die Bildung von paritätisch mit Gewerkschafts- und Unternehmervertretern besetzten Wirtschafts- und Sozialräten vor, die auf Bundes-, Länder- und Regionalebene installiert werden sollen. Zu ihrem Zuständigkeitsbereich sollen die Wirtschafts- und Sozialpolitik einschließlich der Finanz-, Steuer- und Verkehrspolitik gehören (auf Bundesebene), ferner die Struktur-, Arbeitsmarkt-, Energie-, Verkehrs- und Wohnungsmarktpolitik sowie die berufliche Bildung (auf Länderebene) und (für die regionalen Räte) Aufgaben der Raumordnung, Verkehrsplanung, Siedlungs- und Wohnungsbaupolitik, Industrieansiedlung, Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Müll- und Abwässerfragen und so weiter.

Der DGB lehnt die Schaffung von Arbeiterkammern als Gegenstück zu den Industrie- und Handelskammern der Unternehmer ab und möchte deren Aufgaben, insbesondere die berufliche Bildung, durch die regionalen Wirtschafts- und Sozialräte wahrnehmen lassen. Der Rat auf Bundesebene soll das Recht der Gesetzesinitiative gegenüber dem Bundestag erhalten.

Nach Vorstellung des DGB-Bundesausschusses sollen diese Vorschläge die gewerkschaftliche Mitbestimmungskonzeption abrunden. Allerdings sind die Rechte, mit denen die Räte ausgestattet werden sollen, ungenügend. So ist nicht an wirkliche Mitbestimmung in den oben genannten Angelegenheiten gedacht, sondern an Informations-, Beratungs- und Konsultationsrechte. Der DGB könne nicht, so erklärte Dr. Bernd Otto in der „Welt der Arbeit" (12. 3. 1971), „die universelle Verantwortlichkeit von Regierung und Parlament" antasten. „Bei Anerkennung der verfassungsmäßigen Ordnung ist daher in diesen Bereichen eine Einflußnahme der Arbeitnehmer im Sinne eines direkten Mitentscheidungsrechtes nicht möglich."

Der DGB-Vorsitzende Heinz O. Vetter erklärte vor der Presse in Düsseldorf, mit dem System von Wirtschafts- und Sozialräten sei eine Änderung der Gesellschaftsstruktur oder des Staatsaufbaus nicht angestrebt. Friedhelm Farthmann, Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik im DGB-Bundesvorstand, erläuterte noch genauer: In das vorgeschlagene Rätesystem lasse sich auch die konzertierte Aktion einbauen. **Unter diesem Gesichtspunkt würde das überbetriebliche „Mitbestimmungs"-Konzept die Lohnabhängigen und Gewerkschaften weiter in das spätkapitalistische System einbeziehen und keinen Schritt in Richtung der Zurückdrängung von Monopol- und Unternehmermacht weiterführen.** G.S.

Anti-Lohnfront durchbrechen

Gewerkschaften müssen unabhängige Lohnpolitik betreiben
Warnung vor Zwangsmaßnahmen durch den Staat

Ob sich in diesen Wochen Minister und Bonner Politiker oder die Repräsentanten der Konzerne und Unternehmerverbände zu Fragen der Lohn- und Konjunkturpolitik äußern —, in den Ohren der Gewerkschafter klingt das gleich schrill: Die Gewerkschaften werden in einer konzertierten Aktion von Regierung und Unternehmern zu Sündenböcken der negativen Preis- und Wirtschaftsentwicklung gestempelt; die Lohnabhängigen sollen — wie zu Ludwig Erhards Zeiten — die Misere spätkapitalistischer Profitwirtschaft mit „Maßhalten" bezahlen. Auf diese Weise offenbart sich ein für die Gewerkschaften erschreckendes Ausmaß der Gleichschaltung von Regierungsmitgliedern mit den Interessen der Wirtschaftsbosse.

Schadenfroh und mit Genugtuung stellte das Industrieinstitut der Unternehmer am 12. März 1971 („Schnelldienst" Nr. 20) fest: „Die Gewerkschaften geraten zunehmend in Bedrängnis. Konnten sie bislang noch glauben, im Wirtschaftsministerium und in weiten Teilen der Öffentlichkeit auf Verständnis und Wohlwollen für ihre Forderungen zu stoßen, so sehen sie sich nun einer vereinten Front aus Bundeswirtschaftsministerium, Bundesbank, Sachverständigenrat, wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten und der gesamten stabilitätsbewußten Öffentlichkeit gegenüber."

Die massive Verketzerung der Gewerkschaften durch Regierungsvertreter und Unternehmerverbände und der zunehmende Versuch beider, das lohnpolitische Orientierungsdatum von 7 bis 8 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung den Gewerkschaften aufzuzwingen, hat den Vorsitzenden der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, Mitte März in München zu der Äußerung bewogen, es bestehe die Gefahr, daß „Streiks zur Erzwingung von Lohnerhöhungen, die über die amtlichen Orientierungsgrenzen hinausgehen, für gesetzwidrig erklärt werden." Es sei möglich, daß „die Regierung für Lohnforderungen oberhalb dieser Orientierungsmarken Schlichtungsverhandlungen zwingend vorschreibt".

Weiter sagte Mahlein, besonders Minister Schiller und Bundesbankpräsident Klasen praktizierten eine Art Salamitaktik mit dem Ergebnis, daß Orientierungsdaten praktisch zu Lohnleitlinien für die Gewerkschaften würden. Die schon in der Großen Koalition entwickelte Technik der Lohnorientierung enthalte die Möglichkeit, die Gewerkschaften legal zu entmachten. Kritisch über die konzertierte Aktion der Bundesregierung und die Politik der Infragestellung der Tarifautonomie durch Lohnleitlinien äußerten sich auch der stellvertretende DGB-Vorsitzende Bernhard Tacke, der IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner und andere Gewerkschaftsfunktionäre.

Die Taktik der Unternehmervertreter und von Schiller, Klasen und anderen besteht darin, den Eindruck zu erwekken, als würden alle Lohn- und Gehaltsforderungen, die über 7 bis 8 Prozent hinausgehen, die Ursache sein für Preissteigerungen, Auftragsrückgang in der Industrie, Kurzarbeit, Entlassungen usw. Auch Bundeskanzler Brandt hielt es nicht für angebracht, sich aus dieser demagogischen Agitation zur Ablenkung von den Widersprüchen der kapitalistischen Profitwirtschaft herauszuhalten.

In der Bundestagsdebatte zur „Reformpolitik" erklärte er am 24. März, wer sich nicht nach den Orientierungsdaten der Bundesregierung richte, dürfe sich am Ende des Jahres nicht wundern, wenn ein weiterer Anstieg der Preise eingetreten sei. Und auch in dem Brief des Kanzlers an den DGB-Vorsitzenden Vetter erweckte er den Eindruck, als wenn die Stabilität von Preisen und Wirtschaft in Händen der Gewerkschaften liege. „Kern des Kanzlerschreibens ist die vorsichtig formulierte Bitte", so wertete die „Frankfurter Rundschau" am 30. 3. den Brief, „die Gewerkschaften möchten sich ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung bewußt sein und durch ihr Verhalten dazu beitragen, daß bald ein größeres Maß an Preisstabilität wiederhergestellt wird. Maßhalten in der Lohnpolitik — diese Bitte richtete Brandt an den DGB-Vorsitzenden Vetter."

Damit befindet sich der Kanzler ganz auf der Linie der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), die nach einer Vorstandssitzung am 16. März erklärte: „Die übergeordnete Aufgabe der Tarifpartner, ihr lohnpolitisches Verhalten an den Interessen der Gesamtheit zu orientieren, muß deshalb unverzüglich den Vorrang zurückgewinnen. Das ist auch die Voraussetzung dafür, daß die Unternehmer ihrer Verantwortung für die Preise wieder gerecht werden können."

Die Lohnpolitik wird als der Schlüssel der Preisentwicklung, für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung hingestellt — von sozialdemokratischen Ministern ebenso wie von erzreaktionären Unternehmerbossen. Von dem Profitstreben der Konzerne, dem rücksichtslosen Nehmen-was-der-Markt-hergibt, spricht niemand. Von den wirksamen, aber unterlassenen Mitteln gegen Preistreiberei wie Mietenstopp, Aufhebung der Preisbindung, Annullierung der Preis- und Gebührenerhöhungen durch den Staat usw. ist bewußt nicht die Rede. Willy Brandt stellt in dem Brief an Vetter vielmehr die Tarifautonomie mit der hintergründigen Bemerkung in Frage: „Autonomie und Gesamtverantwortung sind allerdings nicht voneinander zu trennen." Die Warnung Leonhard Mahleins sollten die Gewerkschaften sehr ernst nehmen.

In der politischen Landschaft der Bundesrepublik existiert zur Zeit nur eine Partei — die DKP —, die den Arbeitern und Angestellten und ihren Gewerkschaften nachdrücklich Unterstützung zur Zurückdrängung der Attaken des Großkapitals und seiner politischen Vertreter gewährt. „Das Großkapital drängt mit aller Macht danach, die Gewerkschaften zu reglementieren", heißt es in einer Anfang März verbreiteten tarifpolitischen Erklärung des Präsidiums der DKP. „Die Konzerne brauchen die völlige Einordnung der Lohnpolitik in die von Kapitalinteressen geprägte Strategie der herrschenden Kreise."

Die DKP unterstützt die in der DGB-Projektion für 1971 angestrebte Steigerung der Nettolohnsumme um 10,4 Prozent. Unter Berücksichtigung der wachsenden Steuerbelastung, des Preisanstiegs und des Nachholbedarfs gegenüber den Unternehmergewinnen müsse das Orientierungsdatum für die Lohn- und Gehaltsforderungen dieses Jahres mindestens 15 Prozent lauten. „Gewerkschaftliche Forderungen in dieser Größenordnung sind nicht nur gerechtfertigt", heißt es in der Erklärung, „sie sind auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung notwendig. Die Auftragseingänge gehen zurück. In zahlreichen Wirtschaftszweigen stagniert die Produktion, Kurzarbeit und Entlassungen nehmen zu. Angesichts dieser Erscheinungen ist eine Steigerung der Massenkaufkraft durch höhere Löhne ein Mittel zur Erhöhung der Nachfrage, was auch mehr Sicherheit für die Arbeitsplätze bedeutet."

Lohnfragen sind in der kapitalistischen Profitwirtschaft Machtfragen. Die Lohnabhängigen können sich ihren Anteil nur durch Kampf verschaffen. Die Konzerne, die Unternehmer zahlen nur, wenn sie durch die Kraft der organisierten Arbeiter und Angestellten dazu gezwungen werden. Diese Kraft suchen sie mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu lähmen — sei es durch Hinhaltetaktik im direkten Lohnkampf oder durch ideologische Verwirrung der Lohnabhängigen mit allerlei Theorien über die „schädliche" Wirkung von Lohnerhöhungen. Genau das erleben wir zur Zeit mit größtem Propagandaaufwand. Es wäre verhängnisvoll, darauf hereinzufallen.

Gerd Siebert

Chemie kontra Leitlinie

Tarifloser Zustand in den wichtigsten Bezirken Unternehmer erlassen Anti-Streikrichtlinien

Seit dem 1. April herrscht in den Tarifbezirken Hessen, Nordrhein und Rheinland-Pfalz für die Arbeiter und Angestellten der chemischen Industrie tarifloser Zustand. In diesen drei Bezirken sind fast zwei Drittel der 650 000 Beschäftigten der chemischen Industrie der Bundesrepublik konzentriert. In ihnen befinden sich auch die Standorte der größten IG-Farben-Nachfolger Farbwerke Höchst (Hessen), Bayer-Leverkusen (Nordrhein) und BASF Ludwigshafen (Rheinland-Pfalz). Die restlichen 12 Tarifbezirke folgen einen bzw. zwei Monate später (vgl. NACHRICHTEN 3/71, Seite 5).

Die IG Chemie - Papier - Keramik fordert Lohn- und Gehaltserhöhungen zwischen 11 und 15 Prozent und hat damit der Schillerschen Lohnleitlinie eine deutliche Absage erteilt. Die Chemie-Konzerne wollen im Interesse der Beibehaltung von Höchstprofiten den gewerkschaftlichen Forderungen härtesten Widerstand entgegensetzen. Nur durch entschlossene Kampfmaßnahmen wird es möglich sein, die Front der Chemie-Unternehmer und der Bundesregierung zu durchbrechen.

In den genannten Tarifbezirken hat die IG Chemie im einzelnen an Forderungen erhoben:

Hessen: Erhöhung des Monatseinkommens für Arbeiter und untere Angestelltengruppen um 120 DM. Das sind im Durchschnitt zwischen 13 und 15 Prozent. Erhöhung der Gehälter höherer Angestellter um 11 Prozent; Heraufsetzung der Ausbildungsbeihilfen auf 30 bis 60 Prozent des Facharbeiterlohns.

Nordrhein und Rheinland/Pfalz: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 12 Prozent und der Ausbildungsbeihilfen auf 400 DM im ersten Lehrjahr und 630 DM im 4. Lehrjahr (Nordrhein) bzw. prozentual zum Facharbeiterlohn oder Angestelltengehalt (Rheinland-Pfalz).

Zusätzlich wird in allen drei Bezirken eine tarifliche Jahresabschlußprämie in Höhe eines Monatsverdienstes bei Absicherung schon bezahlter Leistungen verlangt.

Diese Forderungen sind angesichts der Preislawine und der gestiegenen Arbeitsleistungen sehr bescheiden und liegen faktisch noch unter der gewerkschaftlichen Zielprojektion (siehe auch „Anti-Lohnfront durchbrechen", S. 5), nach der für 1971 Einkommenserhöhungen von mindestens 15 Prozent notwendig wären. Darum sollten die angemeldeten Forderungen der IG Chemie als Mindestforderungen angesehen werden, die es ohne Abstriche durchzusetzen gilt. Das erwarten auch die Mitglieder von den Tarifkommissionen. Für den Tarifbezirk Hessen findet am 13. April die erste Verhandlung mit den Unternehmern in Wiesbaden statt.

Die Chemie-Unternehmer bereiten sich schon seit Monaten auf diese Tarifbewegung vor und wollen nur Lohnerhöhungen zubilligen, die noch unter der indiskutablen Lohnleitlinie von Schiller liegen und nicht einmal die enorm gestiegenen Preise ausgleichen würden. Die Chemiekonzerne diffamieren die bescheidenen gewerkschaftlichen Forderungen als „unverantwortlich" und tischen erneut das Märchen auf, damit würde „die Sicherheit der Arbeitsplätze gefährdet". Das Gegenteil ist der Fall. Die geforderten Lohn- und Gehaltserhöhungen können nämlich mithelfen, gefährdete Arbeitsplätze sicherer zu machen, weil durch eine ausgeweitete Massenkaufkraft auch die Produktion weiter steigen kann.

Die Chemie-Barone jammern, daß sie angeblich vor dem Ruin stehen, wenn sie die geforderten Lohn- und Gehaltserhöhungen zahlen müssen. In Wirklichkeit wollen sie ihre Superprofite unangetastet lassen bzw. durch steigende Preise noch erhöhen.

Um einen eventuellen Arbeitskampf der IG Chemie einzudämmen, hat der Arbeitsring der Chemischen Industrie an seine Mitgliedsfirmen in einer Broschüre detaillierte Richtlinien zur Streikabwehr erlassen. Darin werden die Unternehmer angewiesen, „im bestreikten Betrieb die Produktion so weit wie möglich aufrecht zu erhalten". Weiter heißt es u. a.: „Der Erfolg der betrieblichen Streikabwehr hänge . . . davon ab, ob es gelinge, den Zugang vom Werksgelände offen zu halten. Zu den wichtigsten Aufgaben bei Ausbruch eines Streiks gehöre deshalb die Sicherung offener Werkstore." (Zitiert nach „Welt" v. 17. 3. 71)

Angesichts dieser massiven Drohungen und vorbereiteten Unternehmerprovokationen kann es für die IG Chemie nur die Schlußfolgerung geben, die Aufklärungsarbeit in den Betrieben zu verstärken und alle Mitglieder für den Lohnkampf zu mobilisieren. Durch einen einheitlichen entschlossenen Kampf in den Betrieben sind die Arbeiter und Angestellten der chemischen Industrie in der Lage, die starre Haltung der Unternehmer zu durchbrechen und für alle nachfolgenden Lohnkämpfe ein Beispiel zu geben.

W. P.

„Roter Punkt" gegen Wucher

In mehreren Städten des Ruhrreviers, aber auch in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf, wehrt sich die Bevölkerung seit Wochen gegen die Erhöhung der Nahverkehrstarife. Die Aktion „Roter Punkt", eine Bewegung, die für die sofortige Zurücknahme der Fahrpreiserhöhungen und die Einführung eines 50-Pfennig-Einheitstarifes eintritt, hat sich auf die Städte Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen, Wanne-Eickel und Witten ausgedehnt.

In Demonstrationen und Kundgebungen sowie durch Straßenbahn-Blockaden, die mit Autotransporten für Fahrgäste verbunden sind, zeigt sich ein wachsender Protest gegen die unsoziale Politik der SPD-FDP-Regierung in Bonn und Düsseldorf. Zahlreiche Stellungnahmen gewerkschaftlicher und betrieblicher Organe der Arbeiter und Angestellten, Erklärungen von Jugend- und Schülerorganisationen sowie rund 70 000 Unterschriften aus der Bevölkerung bekunden die Sympathie mit der Aktion „Roter Punkt".

Die anfängliche Scheinopposition der CDU und ihrer Jugendorganisation Junge Union gegen die kommunalen Fahrpreiserhöhungen hat sich sehr schnell — durch Verleumdung der „Rote-Punkt"-Demonstranten — entlarvt. Nur die DKP steht weiterhin an der Seite der Protestierenden und erklärt: „Die Unterhaltung von Nahverkehrsmitteln gehört zu den sozialen und öffentlichen Aufgaben der Länder und Gemeinden. Nahverkehrsunternehmen dürfen nicht nach kapitalistischen Profitmaßstäben geführt werden. Sie sind aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren."

Die Kommunisten haben drei Forderungen formuliert, die den Anliegen der Demonstranten und der Verkehrsmittelbenutzer entsprechen und die Einführung des 50-Pfennig-Einheitstarifs ermöglichen sollen: 1. Befreiung der öffentlichen Nahverkehrsmittel von allen staatlichen Belastungen, auch der Mineralölsteuer; 2. Erhebung von Sondersteuer zu Lasten der Großindustrie und Warenhauskonzerne; 3. Senkung des 23-Milliarden-Rüstungshaushaltes und sofortiger Einsatz der freiwerdenden Mittel für die öffentlichen Aufgaben des Nahverkehrs.

Bankangestellte streikten

Zum erstenmal Kampfmaßnahmen im Bankgewerbe
Gewerkschaft HBV hält an ihren Forderungen fest

Unter die Beschäftigten des Bankgewerbes ist Bewegung gekommen. Zum erstenmal kam es zu einem nachhaltigen Streik von Bankangestellten, als am 31. März 1971 in Saarbrücken, einem Aufruf der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen folgend, über 3000 Bank- und Sparkassenangestellte einen ganzen Tag die Arbeit niederlegten. Am 22. und 23. März hatten im Saargebiet 95,4 Prozent der in der HBV-Gewerkschaft organisierten Bank- und Sparkassenangestellten in einer Urabstimmung für Streikmaßnahmen gestimmt. In 26 Großbetrieben der Bausparkassen und öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten im Bundesgebiet stimmten am 29. und 30. März 93,5 Prozent der an einer Urabstimmung beteiligten Gewerkschafter für Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung der Tarifforderungen.

Fristgemäß zum 28. Februar 1971 hatte die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) für 250 000 Bankangestellte den geltenden Gehaltstarifvertrag gekündigt. Die Gewerkschaft forderte einen einheitlichen Sockelbetrag von 50 DM und weitere neun Prozent Gehaltserhöhung. Außerdem tritt die Gewerkschaft HBV für einen höheren Sparförderungsbeitrag im Rahmen des 624-DM-Gesetzes und für die Verbesserung der allgemeinen Arbeitsbedingungen ein. Die sogenannten freiwilligen Gratifikationen sollen in ein 13. Monatsgehalt umgewandelt werden. Endlich soll auch im Bankgewerbe die 40-Stunden-Woche obligatorisch sein.

Besser informiert durch NACHRICHTEN

Bei der Verhandlung vom 3. auf den 4. März bot der Arbeitgeberverband dagegen nur eine 7prozentige Gehaltserhöhung und eine Anhebung der vermögenswirksamen Leistungen von 13 auf 26 DM monatlich an. Damit sollten auch alle anderen Forderungen abgegolten sein. Die Banken verwiesen auf eine angeblich „verschlechterte Ertragslage" und auf die „Orientierungsdaten der Bundesregierung", zeigten sich zu keinem weitergehenden Kompromiß bereit, worauf die Verhandlungen platzten.

Seitdem herrscht tarifloser Zustand im Bankgewerbe.

Schon seit dem 4. März hatte die Gewerkschaft zu einem „Dienst streng nach Vorschrift", zur Ablehnung der Überstunden aufgerufen. Die Kampfentschlossenheit der Gewerkschaft HBV fand unter den Bankangestellten große Resonanz. Bis zur ersten Hälfte des Monats März verzeichnete die Gewerkschaft HBV im gesamten Bundesgebiet bereits die Aufnahme von 2500 Mitgliedern.

In einem Flugblatt der Gewerkschaft wurde ein unmißverständlicher Ton angeschlagen: „Mit den Banken geht es ständig wirtschaftlich aufwärts. Die Bosse wissen ganz genau, daß das nicht allein ihr Verdienst ist. Die Bankangestellten haben daran mitgearbeitet. Trotzdem sind die Banken nicht bereit, ihre Mitarbeiter am wirtschaftlichen Erfolg angemessen zu beteiligen. Sie lehnen es sogar ab, die freiwilligen Leistungen tariflich abzusichern, obwohl sie das keinen Pfennig kosten würde. Das ist bezeichnend. Jetzt gilt es, Entschlossenheit zu demonstrieren."

DGB-Vorsitzender Heinz Oskar Vetter solidarisierte sich mit den Forderungen der Bankangestellten und verwies bei der Gelegenheit auf die nicht zu übersehende tarifliche Benachteiligung dieser Arbeitnehmergruppe gegenüber den Beschäftigten bei den Sparkassen.

So liegt das Anfangsgehalt in der Tarifgruppe BA 1 bei den Banken mit sage und schreibe 672 DM um 26,2 Prozent niederiger als bei den Sparkassen in der gleichen Tarifgruppe. Auch beim Endgehalt in der gleichen Gruppe von 931 DM bei den Banken ergibt sich gegenüber den Sparkassen eine tarifliche Differenz von 11,5 Prozent. Derartige Differenzen gibt es in allen neun Tarifgruppen. Diese Situation ist für die Bankangestellten um so unerträglicher, als das Bankgewerbe zu den expansivsten Branchen der bundesdeutschen Wirtschaft gehört.

Um die Unzufriedenheit der Beschäftigten im Bankgewerbe und den Schwung des Lohnkampfes der Gewerkschaft HBV abzufangen, ließen sich die Banken einen besonderen Coup einfallen: ohne eine neue Tarifvereinbarung abzuwarten, erhöhten sie die Gehälter um ihr Niedrigstangebot. **Dahinter steht die Absicht, die Gewerkschaften auf kaltem Wege auszuschalten. „Damit dürften sich die Unternehmer selbst in den Finger geschnitten haben", erklärte uns ein Bankangestellter bei der Zentrale der Deutschen Bank in Düsseldorf, „denn jetzt spüren wir erst richtig, daß mit den paar Mark Gehaltserhöhung nicht auszukommen ist."**

Auch die DAG, von der Herr Flachmann vom Verband öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten e. V. behauptete, daß ihre Vertreter bereit gewesen seien, auf der Basis von 7,5 Prozent Gehaltserhöhung (mindestens 70 DM) zum Abschluß zu gelangen, zuckte schnell zurück, als sich ihre Sprecher in der Tarifkommission nicht durchsetzen konnten.

Die Situation im Bankgewerbe ist voller Spannung. Auf den Belegschaftsversammlungen gewinnt das Wort „Streik" zunehmend an Popularität, nachdem es in der gesamten Nachkriegszeit noch nie zu einer ernsten Tarifauseinandersetzung gekommen ist. Der Streik im Saargebiet und die Urabstimmungen setzten ein deutliches Warnsignal für die Finanzmanager bei Banken und Sparkassen. p. b.

Protestkundgebung der Versicherungsangestellten

In Hamburg protestierten am 7. April auf einer Kundgebung der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen im Stadtzentrum Angestellte der Versicherungsgesellschaften gegen deren Weigerung, die Forderung nach einheitlicher Erhöhung der Gehälter um einen Sockelbetrag von 60 DM und daneben um 9,5 Prozent zu erfüllen. Die Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und dem Verband der Versicherungsunternehmen waren Anfang März gescheitert, weil die Versicherungen nur 6,5 Prozent und monatlich 26 DM als Beitrag zur Sparförderung geboten hatten.

Während die Angestellten in Hamburg gegen diese Haltung der Versicherungskonzerne protestierten, hatte sich die Deutsche Angestelltengewerkschaft in einem unsolidarischen Alleingang — ebenfalls in Hamburg — einem Schlichtungsverfahren unterworfen. Heraus kam ein um nur 1 Prozent über dem bisherigen Unternehmerangebot liegender Spruch. Bis zum 16. April sollen beide Seiten erklären, ob sie diese Entscheidung annehmen wollen.

Bergleute müssen aufholen

Lohnforderung von mindestens 15 Prozent notwendig
Tarifvertrag sollte zum 31. Mai gekündigt werden

Mit monatlicher Frist zum 31. Mai 1971 kann der Lohntarifvertrag im Steinkohlenbergbau gekündigt werden. In den Zechen und Revieren haben die Bergarbeiter begonnen, sich auf die Tarifbewegung vorzubereiten, über die Forderungen zu diskutieren. In der Zeitung der IG Bergbau und Energie, „Einheit", spiegelt sich allerdings von alledem noch nichts wider. Das ist ein bedenkliches Symptom, das die Bergarbeiter hinsichtlich der tarifpolitischen Konzeption ihres Hauptvorstandes wachsam stimmen muß. Wer den Lohnkampf nicht rechtzeitig organisiert und die Gewerkschaftsmitglieder nicht darauf orientiert, gefährdet den Erfolg.

Die Gewerkschafter im Steinkohlenbergbau wären gut beraten, wenn sie an ihren Hauptvorstand die konkrete Forderung richten würden, den bevorstehenden Kündigungstermin unbedingt wahrzunehmen. In Versammlungen und Konferenzen der IG Bergbau und Energie, auf den Schachtanlagen gilt es jetzt die genauen Forderungen zu formulieren und sich darauf einzustellen, daß dieser Lohnkampf besonders hart werden wird. Tatsächlich hat sich für die Bergarbeiter in lohnpolitischer Sicht ein großer Nachholbedarf aufgestaut, und es ist an der Zeit, ihn jetzt einzutreiben. Von 1960 bis Juli 1970 — nach der letzten Tariferhöhung im Steinkohlenbergbau — stiegen laut Jahresgutachten des Sachverständigenrates die Löhne in der Industrie um 76,1 Prozent, in der gewerblichen Wirtschaft um 76 Prozent, aber im Bergbau (Hauerlohn) nur um 60 Prozent. Während im letzten Jahr die Tariflohnsteigerungen zum Teil erheblich über 10 Prozent lagen, erhielt der Bergmann nur 7,75 Prozent.

Wie notwendig gerade für die Beschäftigten im Ruhr- und Saarbergbau sowie im Aachener Revier eine kräftige Lohnsteigerung ist, um einen Teil des Rückstands aufzuholen, verdeutlicht eine Feststellung im Wirtschaftsmagazin „Capital": „Wer Ende 1969 noch monatlich 1200 DM brutto (ledig, keine Kinder) verdiente, braucht in diesem Jahr 146 Mark mehr (+12,2 Prozent), um die 32 Mark mehr ausbezahlt zu bekommen, die den 4 Prozent Inflationsverlust entsprechen" (Nr. 11/1970). Der Rest wird durch die konfiskatorische Steuerprogression weggesteuert. **Für die Bergarbeiter eine Forderung unter 15 Prozent ins Auge zu fassen, ist abwegig, führt auf der Lohnskala noch weiter nach unten und läßt die Beschäftigten im Bergbau bei der Schwere ihrer Arbeit und der Höhe ihrer Leistung am Wirtschaftszuwachs, zu dem sie beitragen, keinen Anteil nehmen.**

Entsprechend dem „Europäischen Bergarbeiter-Statut" und Beschlüssen des 9. Gewerkschaftskongresses 1968 in Dortmund ist neben der reinen Lohnforderung die Verwirklichung einiger Nebenforderungen dringlich; so z. B. die Erhöhung der Nachtschichtzulage von gegenwärtig 2 DM auf 6 DM, das Niveau im Kalibergbau, ferner die Zahlung von Antrittsgeld für Überschichten und die Erhöhung des Zuschlags von 25 auf 50 Prozent, ebenso statt der Gewährung der sogenannten Hausbrandkohle die Zahlung eines Energiegeldes, da immer mehr Haushalte auf den Bezug von Strom und Gas zum Heizen angewiesen sind.

Höchste Zeit ist es schließlich für die Verwirklichung des 1968 einstimmig angenommenen Antrags 3, in dem es heißt: „Der Hauptvorstand wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, daß endlich die Ziele des Europäischen Bergarbeiter-Statuts verwirklicht werden. Insbesondere sollten dabei vordringliche Forderungen wie garantierter Jahreslohn, Erhöhung des Urlaubs, Urlaubsgeld, freie Wohnung (Erhöhung des Wohnungsgeldes) durchgesetzt werden."

Die IG Bergbau und Energie hat im Vergleich mit allen anderen DGB-Gewerkschaften den höchsten Organisationsgrad. Das wird nicht selten im Gewerkschaftsorgan „Einheit" hervorgehoben. Ohne Zweifel ist diese Tatsache ein starker Faktor bei der Tarifbewegung im Steinkohlenbergbau. Aber er wirkt nicht von selbst; man muß ihn voll einsetzen. Nur so wird es gelingen, berechtigte Forderungen der Bergarbeiter, wenn es nötig sein muß im Kampf, zu verwirklichen. Darauf müssen alle Organe der IG Bergbau jetzt die Mitglieder orientieren. Sb.

Ärger mit den Schlotbaronen

Die von Wirtschaftsminister Schiller eingefädelte „privatwirtschaftliche Lösung" der Kohlenkrise — die Gründung des Mammutkonzerns Ruhrkohle-AG — war genau die falsche Lösung. Die Alternative, die Überführung der Zechen in Gemeineigentum, wie es von weiten Kreisen in der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik gefordert wird, hätte mit Sicherheit eine Situation vermieden, wie sie nunmehr entstanden ist: Die Schlotbarone und Stahlbosse, die in der Ruhrkohle AG die Aktienmehrheit haben, sind wieder mal mit ihrem Latein am Ende und bitten den Steuerzahler zur Kasse. Angeblich arbeitet der Konzern mit Verlust und hat schon über die Hälfte des Grundkapitals von 534 Millionen DM aufgezehrt.

Im ersten Geschäftsjahr (1969) betrug der bilanzmäßige „Verlust" 200 Millionen DM; für 1970 sind es 150 Millionen DM. Das ist aber nur so, weil der Kohlekonzern in Privatbesitz ist. Zunächst haben die Altgesellschaften (Stahl- und Elektrokonzerne) bei Gründung der Ruhrkohle-AG nur die Schachtanlagen, aber nicht die besonders gewinnträchtigen Kraftwerke und Grundstücke in die Gesellschaft eingebracht. Und schließlich verpflichteten sie als Hauptaktionäre der RAG und gleichzeitige Hauptabnehmer für Koks die Kohle-AG zu Lieferungen weit unter Weltmarktpreis.

Während die Stahlkonzerne für Ruhrkohlen-Koks vertraglich nur zwischen 66 und 71 DM je Tonne zu zahlen brauchen, beträgt der Weltmarktpreis zwischen 90 und 100 DM. Die Differenz erhöht den Profit der Stahlaktionäre. Außerdem muß die RAG jährlich etwa 150 Millionen DM Zinsgewinne und andere Erträge an die Altgesellschaften abführen. Insgesamt handelt es sich um rund 2 Milliarden DM im Jahr, die der Ruhrkohle-AG durch Einnahmeausfall und Abführungen verlustig gehen und die aus dem angeblich „tief in den roten Zahlen" steckenden Kohlekonzern ein gewinnstarkes Unternehmen machen könnten. Wer an der Situation der RAG schuld ist, steht also fest.

Nun hat in diesen Tagen der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Riemer (FDP) die Montanmitbestimmung bei der RAG für die schlechte Geschäftslage verantwortlich gemacht. Es gäbe zuviele Arbeitsdirektoren und Betriebsräte, wodurch der Entscheidungsprozeß zu schwerfällig geworden sei. So dumm kann's kommen! Und dabei steht im Biedenkopf-Gutachten schwarz auf weiß, daß diese Art Mitbestimmung bislang Unternehmensentscheidungen nicht ernsthaft korrigiert hat. **Im Falle der RAG sind es gerade die Unternehmerentscheidungen, die die bestehende Situation verursacht haben. Die Zeit ist reif, die Ruhrkohle-AG in Gemeineigentum umzuwandeln.** Sb.

Keine Vereinheitlichung

1. Besoldungsvereinheitlichungs- und Neuregelungsgesetz Trotzdem keine einheitliche Besoldung in Bund und Ländern

Das Hin und Her um die Besoldung der Beamten 1970/71 ist vorüber. Am 3. März 1971 wurde im Bundestag das 1. BesVNG verabschiedet; gleichzeitig das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 74 a). Mit der Änderung des Artikels 74 a GG erhielt der Bund das Recht der konkurrierenden Gesetzgebung in Fragen der Besoldung und Versorgung zwischen Bund und Ländern. Die Hoffnungen der Beamten auf eine umfassende Reform der Besoldung wurden enttäuscht. Herausgekommen ist lediglich die allgemeine Besoldungserhöhung, rückwirkend ab 1. Januar 1971, die gerade die laufenden Preiserhöhungen auffängt.

7 Prozent lineare Erhöhung der Grundgehälter und Ortszuschläge, 27 DM zusätzliche Erhöhung der Ortszuschläge, Wegfall der Einkommensgrenze für sogenannte vermögenswirksame Leistungen — das sind die Ergebnisse. Insofern ist das nur eine Übertragung des tarifvertraglich zwischen den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der Regierung ausgehandelten mageren Ergebnisses für die Arbeiter und Angestellten bei Bund, Ländern und Gemeinden um die Jahreswende 1970/71. Also auch für die Beamtengruppe Anerkennung der Lohnleitlinien der Bundesregierung!

Wiederum trat die Regierung bei den Auseinandersetzungen um die Lohn- und Besoldungsfragen als Sieger hervor, weil der DGB sich allzu kompromißbereit gab. Auch die neu gebildete interfraktionelle Arbeitsgruppe des Bundestages, zusammengesetzt aus Besoldungs- und Haushaltsexperten, die seit Anfang Januar den vorgelegten Regierungsentwurf beraten und erweitern sollte, brachte es nur zu dem oben genannten Ergebnis, obgleich die angesprochenen Abgeordneten zugesagt hatten, die DGB-Verbesserungsvorschläge bei den parlamentarischen Beratungen zu beachten.

Von wesentlichen strukturellen Besoldungsveränderungen wurde zwar viel geredet, aber letztlich alles auf einen in den nächsten zwei Jahren durchzuführenden Stufenplan verschoben. Nicht einmal die wenigen Punkte des Angebotes von Bundesinnenminister Genscher, zu Beginn der Besoldungsverhandlungen Ende letzten Jahres vorgelegt, wurden berücksichtigt. Das damalige Angebot hieß: 1. Wegfall der Eingangsämter, 2. Umstellung des Besoldungsalters auf das Lebensalterprinzip, 3. Umwandlung der Unterhaltszuschüsse für Beamten-Anwärter in echte Anwärterbezüge.

Bedingt durch die Stellenplanmisere bei den Bundesverwaltungen wurde eine geringfügige Planstellenerhöhung für das Jahr 1971 zugebilligt. Gleichzeitig wurde die Zulagenregelung der Länder auch für die Bundesbeamten übernommen. Während die Beamten der Länder die Zulagen schon seit Herbst 1970 in voller Höhe erhalten, wurde für die Bundesbeamten eine Zweistufenregelung (1. Stufe 1. 5. 71, 2. Stufe 1. 7. 72) vereinbart.

Von Vereinheitlichung kann bei dieser dürftigen Bilanz keine Rede sein. Strukturelle Verbesserungen wurden nur im Ansatz festgesetzt. Im übrigen ist alles auf einige zu späterer Zeit durchzuführende Termine zurückgestellt worden, auf deren Einhaltung man gespannt sein kann. Blickt man durch den Schleier der scheinbaren Verbesserungen, so wird offenbar, daß bei den vorangegangenen Auseinandersetzungen um die Besoldung nur wahltaktische Überlegungen der CDU/CSU, der Regierungsparteien sowie die sogenannten konjunkturpolitischen Maßnahmen der Herren Schiller und Möller zugrunde lagen.

Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" ist bei der Beamtenbesoldung noch lange nicht verwirklicht. Um so mehr ist die Zeit reif, endlich auch das Besoldungsrecht zum Gegenstand von echten Verhandlungen zwischen Regierung und Gewerkschaften zu machen. 1,7 Millionen im DGB organisierte Angehörige des öffentlichen Dienstes (Arbeiter, Angestellte und Beamte) müssen mit der Kraft ihrer Organisation die berechtigten Forderungen durchsetzen.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Heinz Kluncker, nahm dazu in der Zeitschrift des DGB „Der Deutsche Beamte" (Februar 1970) folgendermaßen Stellung: „Die Entwicklung eines einheitlichen Rechts für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist aus politischen, sozialen und funktionalen Gründen notwendig. Das einheitliche Dienstrecht ist ein Ziel, das schrittweise verwirklicht werden muß. An ihm werden schon jetzt alle tarifpolitischen und beamtenpolitischen Maßnahmen der ÖTV orientiert. Am Ende dieses Weges muß ein ‚neuer Typ' des Beschäftigten im öffentlichen Dienst stehen, dessen arbeitsrechtlicher und sozialer Status besser ist als der aller derzeitigen Beschäftigtengruppen." K. H.

Teuerungszulage gefordert

In der Stahlindustrie wird es unruhig. Auf Grund der andauernden Teuerung fordern Stahlarbeiter, deren Tarifverträge erst im Herbst kündbar sind, eine Teuerungszulage. So haben Ende März die 500 Vertrauensleute der IG Metall auf der Westfalenhütte, Dortmund (Hoesch), die Zahlung einer einmaligen Teuerungszulage von 100 DM verlangt. Der Betriebsrat wurde beauftragt, mit der Unternehmensleitung darüber zu verhandeln. Es war sogar von Streik die Rede. Wie berechtigt die Forderung der Stahlarbeiter ist, veranschaulichen nachstehende Zahlen über Löhne und Gehälter in der eisenschaffenden Industrie.

Die Durchschnittsverdienste in folgenden Hüttenwerken: Hoesch, Dortmund; August-Thyssen-Hütte, Hamborn; Krupp, Bochum, ehemals Bochumer Verein; Mannesmann, Duisburg; Rheinstahl, Henrichshütte, Hattingen; ATH Hüttenwerke, Oberhausen und Krupp Hüttenwerke, Rheinhausen — betrugen im Monat Dezember 1970, also nach der letzten Lohnerhöhung, mit Prämien, Überstundenzuschlägen und Sozialzulagen 7,68 DM. Der reine Nettolohn-Durchschnitt, ohne Zuschläge und Zulagen, betrug in der gleichen Zeit bei den gleichen Werken 6,74 DM.

Ein Stahlwerker verdient also bei 173 Monatsstunden (tarifliche 40-Stunden-Woche) und 6,80 DM Netto-Stundenlohn, ohne Prämien, Zulagen und Zuschläge, mit Sozialzulagen (Haushalts- und Kindergeld) 1176 DM abzüglich 23 Prozent für Krankenkasse und Rentenversicherung. Bei einer angenommenen Monatsmiete von 200 DM verbleiben noch 705 DM. Davon sind noch aufzubringen: die Kosten für Versicherung, Zeitung, Fernsehen, Radio, Fahrgeld usw. Geht man davon aus, daß der Stahlwerker verheiratet ist und zwei schulpflichtige Kinder hat, so wird er als „Wirtschaftswunderbürger" an die Grenze des Existenzminimums gedrückt. Wenn hier von Durchschnittslöhnen gesprochen wird, so liegt ein Teil der Betreffenden über den angegebenen Verdiensten, ein Großteil aber auch darunter.

Die Konsequenz aus dieser Tatsache sollte sein, daß der Stahlarbeiter für einen Lohn kämpft, der es ihm ermöglicht, auch ohne Überstunden menschenwürdig zu leben. Jeder Versuch der Industriellen, mit Unterstützung der Regierung Lohnleitlinien von 6,5 bis maximal 7,5 Prozent zu setzen, sollte angesichts der genannten Tatsachen vom Tisch gefegt werden. Teuerungszulagen heißt das Gebot der Stunde! H. B.

1970 neuer Inflationsrekord

Höchste Preissteigerungen in der BRD seit vielen Jahren
Auch 1971 schlimme Folgen der Profitpolitik zu erwarten

Seit der Zeit des Korea-Booms, d. h. seit 1951, gab es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie derartige Preissteigerungen wie im vergangenen Jahr und im ersten Quartal dieses Jahres. Nach amtlichen Angaben erhöhte sich der Preisindex des „Bruttosozialprodukts" um 7,5 Prozent. (Die Lebenshaltungskosten stiegen um 3,8 Prozent). Damit stieg der Index 1970 nicht nur stärker als in allen Jahren seit 1952, sondern auch in rascherem Tempo als in sämtlichen führenden kapitalistischen Staaten.

Im Vergleich zum Jahre 1962 erreichten ein besonders hohes Preisniveau die Bauinvestitionen und die Lieferungen an die „öffentliche Hand". Der Preisindex für Bauten stieg seit 1962 um rund 50 Prozent, der Index für Lieferungen an den Staat bis Mitte 1970 um 54,2 Prozent. Das illustriert die bereits von Lenin getroffene Feststellung, daß die Monopole durch Wucherpreise ungeniert die Staatskasse plündern können. Für Bauten machten die Preissteigerungen im Jahre 1970 zwischen 13,8 und 15,2 Prozent aus. Anfang vorigen Jahres waren sie sogar noch stärker gestiegen.

Eine der wenigen Ausnahmen von der Regel bildeten die Erzeugerpreise für Landwirtschaftsprodukte. Ihr Niveau sank um etwa ein Zehntel auf 103,1 Prozent des Jahresdurchschnitts 1961/1963. Dagegen sanken die Einzelhandelspreise nur für wenige Produkte (Kartoffeln, Gemüse, Obst); insgesamt stiegen die Lebensmittelpreise im Einzelhandel um 2,1 Prozent. Die Differenz verblieb in den Händen der Monopolisten der Nahrungsmittelindustrie und des Großhandels, die sowohl die Bauern als auch die Arbeiter ausbeuteten.

Die bekannte „Schere" zwischen den Agrarerzeugerpreisen und den Preisen für landwirtschaftliche Betriebsmittel ging 1970 noch weiter auseinander, was auch die wesentliche Ursache für die Protestaktionen der Bauern ist, die in den letzten Wochen stattfanden. 1969 waren die Betriebsmittelpreise mit 3,5 Prozent stärker gestiegen als die Erzeugerpreise. Im Jahre 1970 dagegen erhöhten sich die Betriebsmittelpreise um weitere 4,2 Prozent, während die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise, insbesondere für die sogenannten „EWG-Marktgüter", sogar sanken.

Zugleich brachte das Jahr 1970 eine verhältnismäßig starke Steigerung der Industrieerzeuger- und der Großhandelspreise. Im Jahresdurchschnitt erhöhten sich die Industriepreise um 5,9, die Großhandelspreise um 5,7 Prozent, was seit dem Korea-Boom ebenfalls einen wenig rühmlichen Rekord darstellt. Verglichen mit 1969 scheint zum Jahresende der Preisanstieg etwas flacher zu verlaufen; bezogen auf das Vorjahr (1968) ergibt sich indessen genau das Gegenteil. Bis Januar 1970 hatten sich die Industriepreise um 6,2 Prozent gegenüber Januar 1968 erhöht, im Dezember 1970 dagegen um 10,2 Prozent gegenüber dem Jahresende 1968.

Wohl setzt sich die Erhöhung des Industriepreisindexes im Jahre 1970 aus einer Reihe zum Teil widerspruchsvoller Preisbewegungen zusammen; doch blieben Preissenkungen (Ledererzeugung, Nichteisenmetallindustrie, wenige Nahrungsmittel) geringfügige Ausnahmen. An der Spitze des Preisanstieges von Dezember 1969 auf Dezember 1970 stehen: Mineralölprodukte (+ 12,8), Stahlkonstruktionen (+ 12,0), Kohle und Kohleprodukte (+ 11,6), Eisen-, Stahl- und Temperguß (+ 10,6), Gummi- und Asbestwaren (+ 10,3) und Maschinenbauerzeugnisse (+ 10,2 Prozent). Doch auch die Preise für Glas und Glaswaren, für Steine und Erden, für elektrotechnische und feinmechanische Erzeugnisse sowie für Eisen-, Blech- und Metallwaren erhöhten sich stärker als der durchschnittliche Steigerungssatz der Industriepreise.

Im Januar 1970 hatten die Preise für Hochofen- und Walzwerkserzeugnisse den Vorjahresstand sogar um 15,2 Prozent überschritten. Das Preisdiktat der Stahlmonopole bewirkte, daß trotz empfindlicher Produktionsrückgänge diese Preise im Dezember 1970 den Stand von Ende 1969 noch immer um 7,3 Prozent übertrafen. Die Preistreiberei der Großkonzerne als entscheidende Ursache der Inflation wurde auch sehr deutlich bei dem „Spitzenreiter" der Industriepreisinflation, der Mineralölverarbeitung, obwohl hier die Löhne im Verhältnis zum Umsatz besonders niedrig liegen. Die Unternehmerlüge von der angeblichen Lohn-Preis-Spirale wurde so deutlich widerlegt.

Unverminderte Teuerung

Der enorme Preisauftrieb in der Bundesrepublik dauert unvermindert an. Nach der Ende März herausgegebenen Berechnung des Statistischen Bundesamtes für Februar lagen in diesem Monat die Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte um 4,3 Prozent höher als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Gegenüber Januar betrug die Teuerung 0,8 Prozent, für Nahrungsmittel allerdings 1,2 Prozent und für Wohnungsmieten 0,7 Prozent.

Die Bundesregierung selbst hat mit dem Beschluß über die Erhöhung der Postgebühren ab 1. Juli bzw. 1. September 1971 dazu beigetragen, daß sich die inflationäre Entwicklung fortsetzt. Besonders gravierend ist die Erhöhung der Telefonkosten von 18 auf 21 Pfennig je Gesprächseinheit und von 90 auf 120 DM für den Anschluß. Briefe über 50 Gramm werden bis zu 20 Pfennig teurer. Die Gebühr für Standarddrucksachen wird von 10 auf 20 Pfennig verdoppelt. Auch die Gebühren für andere Drucksachen, Päckchen, Pakete und für Postkarten werden erheblich heraufgesetzt.

Die Bundesregierung ist ganz offenkundig nicht ernsthaft an Preisdämpfungsmaßnahmen, wie sie u. a. von den Gewerkschaften gefordert werden, interessiert. Höhere Preise bringen auch höhere Steuern und damit Staatseinnahmen.

Die Währungsaufwertung im Herbst 1969 hat das weitere Ansteigen der Exportpreise in der Bundesrepublik nicht verhindert. Allerdings war es prozentual etwas geringer (4,0 Prozent) als bei den Industrieerzeugerpreisen. Zugleich verstärkte sich gegen Jahresende die Exportexpansion, und trotz der Ausfuhrpreissteigerungen lag der Außenhandelsüberschuß 1970 mit 15,7 Milliarden DM sogar um 100 Millionen höher als im Vorjahr.

Anders verlief die Kurve beim Importpreisindex. Dieser stieg in der ersten Hälfte des Jahres infolge zeitweilig anziehender Weltmarktpreise, ging jedoch später wieder zurück. Die für die Bundesrepublik besonders wichtigen Industrierohstoffpreise gaben im Jahre 1970 auf den Außenmärkten um 3,5 Prozent nach. Trotz einiger gegenläufiger Tendenzen — Preiserhöhungen auf dem Weltmarkt für Kohle und Koks, Erdöl und Erdölprodukte, Nahrungs- und Futtermittel — ermäßigte sich 1970 das Niveau aller Importpreise in der BRD um 0,3 Prozent, bei Importen aus der EWG sogar um 1,5 Prozent.

Für das Jahr 1971 ist bei weiter steigenden Ausfuhrpreisen eine verstärkte Exportexpansion der Monopole zu erwarten. Auch ist wieder mit einem beträchtlichen Außenhandelsüberschuß zu rechnen.

Der bundesamtliche Index für die Lebenshaltungskosten, der bekanntlich die reale Erhöhung dieser Kosten erheblich beschönigt, war bis Dezember 1970 um 3,8 Prozent gegenüber dem Ende des Vorjahres gestiegen. Gegen-

Unsoziale Steuerpläne

Die Lohnempfänger sollen noch stärker belastet werden Große Steuerreform im Interesse des Kapitals

In Nr. 3/1971 der „Nachrichten" hatten wir nachgewiesen, wie in den vergangenen Jahren die steuerliche Belastung des „kleinen Mannes" gewachsen ist. Nun liegen die ersten Zahlen für 1971 vor und sie zeigen, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten in diesem Jahr noch stärker als im Vorjahr geschröpft werden. Während die Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 1971 um 20 Prozent über dem Vergleichsmonat des Vorjahres lagen, betrug die Zuwachsrate der Lohnsteuer gegenüber dem Vorjahresmonat sogar 34,2 Prozent.

Am 30. März 1971 hat die Steuerreformkommission, die noch von Strauß berufen wurde, ein rund 2000 Seiten umfassendes Werk vorgelegt, das als Grundlage für die zum 1. Januar 1974 angekündigte große Steuerreform dienen soll. Vorsitzender dieser 14köpfigen Reformkommission war der Strauß-Intimus Rudolf Eberhard, Direktor der Bayerischen Vereinsbank und früherer bayerischer CSU-Finanzminister.

Der Kommission gehörten auch so führende Repräsentanten des Großkapitals an wie der Röchling-Bankier und Wirtschaftsminister des Saarlandes Manfred Schäfer und Thyssen-Manager Klaus Kuhn. Nur ein einziges Mitglied der Kommission stand dem DGB nahe. Man kann sagen, daß die Mehrheit der Kommission konservativ und reaktionär war. Der Vorsitzende des Bundes der Steuerbeamten, Fredersdorf, wies darauf hin, daß die Kommission völlig einseitig zusammengesetzt war und aus diesem Grunde die von ihr erarbeitete Konzeption nur den Großverdienern nützt.

In der Debatte zur sogenannten Reformpolitik, Ende März, hatte Bundeskanzler Brandt erklärt, daß die finanzielle Last der geplanten Reformen „natürlich von den Steuerzahlern aufgebracht werden muß; von wem denn sonst". Brandt wandte sich zugleich an das Großkapital und sagte, es gäbe keine Steuererhöhungen, „die die Wirtschaft überfordern".

Nun gibt es „den Steuerzahler" überhaupt nicht. Es ist völlig ausgeschlossen, die Arbeiter und Angestellten, die im Monat 1000 DM oder gar noch weniger verdienen, in einen Topf zu werfen mit den Millionären oder Milliardären. Die Frage stellt sich stets, wer zahlen soll, die Großen oder die Kleinen? Wer, wie Brandt, den Großen nichts nehmen will, muß die Kleinen belasten.

In den von der Masse der Bevölkerung nicht gelesenen Blättern des Großkapitals wird das auch mit brutaler Offenheit gesagt. Im „Handelsblatt" vom 24. 3. 1971 wird festgestellt, „daß man dann härter zupacken muß, indem die Masse der Steuerzahler zur Kasse gebeten wird. Mit anderen Worten, die mittleren und kleineren Gruppen müssen antreten. Und wenn die Kleinen bei der Einkommensteuerreform entlastet werden sollten, dann wird man sie über die Mehrwertsteuer wieder herankriegen."

Das ist kurz und prägnant der Inhalt der Vorschläge der Steuerreformkommission: Die Arbeiter, Angestellten und Beamten wie auch die kleinen und mittleren Bauern, Handwerker und Einzelhändler werden steuerlich nicht entlastet, sondern belastet. Zynisch meint das „Handelsblatt" (30. 3. 1971): „Die Forderung nach mehr Gerechtigkeit, wenn darunter die Entlastung der unteren Einkommensgruppen und die stärkere Belastung der ‚Großverdiener' gemeint ist, ist nun einmal unerfüllbar."

Es nimmt auch nicht Wunder, daß die Vertreter der Unternehmerverbände und der großen Konzerne den Entwurf der Eberhard-Kommission über den grünen Klee loben. Es ist nichts als Augenwischerei, wenn angekündigt wird, daß die kleinen Verdiener weniger Lohnsteuer zahlen sollen und die Großverdiener mehr Einkommensteuern. Durch die Senkung der Lohnsteuer infolge der Senkung des Steuersatzes von 19 auf 16 Prozent werden die Klein- und Kleinstverdiener zwar geringfügig entlastet, aber sie werden durch die steigende Mehrwert- und andere Verbrauchssteuern um ein Vielfaches wieder belastet.

Der Spitzensteuersatz soll von bisher 53 Prozent auf ganze 55 Prozent erhöht werden, wobei er jedoch erst bei einem jährlichen Einkommen von 125 000 DM einsetzen soll gegenüber bisher 110 000 DM. Die jährliche Mehrbelastung für das Großkapital beträgt dadurch noch nicht einmal 100 Millionen DM, und diesen Betrag zahlt es aus der Westentasche.

Die Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes ist nur fiktiv, denn in Wirklichkeit beginnen — da die Aktionäre den Teil der Körperschaftssteuer, der auf ihre Dividenden entfällt, auf ihre Einkommensteuerschuld anrechnen können — „für die Unternehmensfinanzierung der sieben fetten Jahre". Für die Arbeiter und Angestellten soll künftig die Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit ganz wegfallen. Gewaltige Summen sollen über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 4 bis 5 Prozent auf 15 bis 16 Prozent — so die Kommission — eingetrieben werden. Gegenwärtig erbringt jedes Prozent Mehrwertsteuer knapp 4 Mrd. DM.

Aber dabei soll es nicht bleiben. Allein die Mineralölsteuer soll um 5 Pfennig, die Tabaksteuer um rund 14 Prozent und die Branntweinsteuer um 25 Prozent erhöht werden. Schon ist im Gespräch, daß ab 1. Januar 1973 der Beitragssatz in der Rentenversicherung um ein weiteres Prozent auf 18 Prozent erhöht werden soll.

Aus diesen wenigen Beispielen wird deutlich, wie tief die Pläne einer sogenannten großen Steuerreform in das Leben eines jeden einzelnen Arbeiters eingreifen werden, wenn es nach den Vorschlägen der Kommission geht. Der Inhalt der Reformvorschläge wird in den nächsten Jahren, zumindest bis zur nächsten Bundestagswahl, die öffentliche Diskussion bestimmen. NACHRICHTEN werden sich in diese Diskussion einschalten und das Machwerk der Eberhard-Kommission kritisch unter die Lupe nehmen und alternative Vorstellungen entwickeln.

Dr. Heinz Schäfer

über dem Jahre 1962 allerdings betrug seine Erhöhung 25,2 Prozent, während der Industriepreisindex sich nur um etwa 17,1 Prozent steigerte. Aber im Jahre 1970 war die Erhöhung der Lebenshaltungskosten geringer als die Steigerung der Industrie-Erzeugerpreise. Jedoch gingen die Spannen zwischen der prozentualen Industriepreissteigerung und der Lebenshaltungskostenerhöhung im Laufe des Jahres — unter monatlichen Schwankungen — im ganzen zurück. Die Differenz zwischen den beiden Größen betrug im Januar 1970 noch 2,4 Prozentpunkte, im Januar 1971 jedoch nur 1,1. Offensichtlich wird also ein steigender Teil der Industriepreiserhöhungen auf die werktätigen „Letztverbraucher" weiter gewälzt.

Wenn die Werktätigen nicht verstehen, dem Preiswucher der Monopole einen Damm entgegenzusetzen und gegen den erklärten Willen von Prof. Schiller einen Preisstopp zu erzwingen, so könnte im Jahre 1971 die Erhöhung der Lebenshaltungskosten — wie schon bisher im langjährigen Durchschnitt — prozentual durchaus wieder stärker sein als die mit Sicherheit voraussehbare weitere Steigerung der Industriepreise. Doch ist das keine unentrinnbare Gesetzmäßigkeit, sondern hängt in erster Linie vom Kampf der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften ab, der im Prinzip (auch bei steigenden Löhnen) durchaus Erfolge erzielen kann.

w.

250 Anträge zur DGB-Satzung

Zum DGB-Kongreß: Satzungsentwurf soll verbessert werden
Viele Vorschläge der Basis blieben unberücksichtigt

Ende März hat der DGB-Bundesvorstand 250 Anträge vorgelegt, die zusammen mit dem Kommissionsentwurf für eine neue DGB-Satzung auf dem außerordentlichen Bundeskongreß am 14. und 15. Mai 1971 in Düsseldorf beraten und entschieden werden sollen. Inhaltlich zeigen die Anträge zwei Haupttendenzen: Auf der einen Seite stellt sich die Mehrheit der Anträge das Ziel, den unzureichenden Kommissionsentwurf im Interesse der Arbeiterklasse zu verbessern und die Gewerkschaften als Kampforganisationen zu profilieren. Auf der anderen Seite gibt es einige Anträge, die die Absichten des Satzungsentwurfs, die Gewerkschaften in Ordnungsfaktoren des spätkapitalistischen Systems umzuwandeln, noch verstärken wollen. Demzufolge widerspiegeln sich auch bei den Anträgen die in den Gewerkschaften vorhandenen beiden Klassenlinien. Es wird wesentlich von der Aktivität der Mitgliedschaft abhängen, welche der beiden Strömungen — Kampforganisation oder Ordnungsfaktor — sich durchsetzt.

Von den 250 Anträgen beziehen sich allein 64 auf den Paragraphen 2 des Satzungsentwurfs, der sich mit „Zweck, Aufbau und Aufgaben des Bundes" beschäftigt. Die unterschiedlichen Meinungen werden insbesondere beim Absatz 1 c deutlich, in dem die Kommission ein satzungsgemäßes Bekenntnis zur „demokratischen Grundordnung" der Bundesrepublik und zu „Ausbau und Sicherung des sozialen Rechtsstaates" vorschlägt. Die letztere Formulierung stößt auf Widerspruch, weil durch sie der Eindruck entsteht, wir hätten gegenwärtig bereits den vom Grundgesetz vorgesehenen sozialen und demokratischen Rechtsstaat, der nur noch auszubauen und zu sichern sei.

Die Macht- und Reichtumskonzentration in den Händen weniger Monopole, die undemokratischen Notstandsgesetze, die wachsende soziale Unsicherheit und nicht zuletzt der arbeiterfeindliche Regierungsentwurf zum BetrVG offenbaren nur zu deutlich, daß wir von einem sozialen und demokratischen Rechtsstaat, der eine Überwindung der bestehenden Macht- und Besitzverhältnisse voraussetzt, noch weit entfernt sind.

Darum wird allein in acht Anträgen vorgeschlagen, daß sich der DGB für die „Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates" einsetzt. Diesen Antrag stellten die DGB-Landesbezirke Hessen, Baden-Württemberg, Rheinland/Pfalz, Saar und Niedersachsen/Bremen, die Hauptvorstände der IG Druck und Papier und der Gewerkschaft HBV sowie der Bundesjugendausschuß des DGB. Bis auf den letzten Antragsteller ist jedoch das im Satzungsentwurf enthaltene Bekenntnis zur „Grundordnung" in der BRD nicht angefochten worden. Der Bundesjugendausschuß stellt mit Recht fest, daß damit „eine Anerkennung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtstrukturen" gegeben werde und der DGB würde sich „eindeutig als Ordnungsfaktor des gegenwärtigen Systems begreifen und eine Änderung der gesellschaftlichen Grundstrukturen ausschließen". Der Bundesjugendausschuß beantragt daher, den Begriff „Grundordnung" in „Grundrechte der BRD" zu verändern.

Mehrere Anträge verlangen eine eindeutigere Präzisierung der Unabhängigkeit der Gewerkschaften, die nach einem Vorschlag des DGB-Landesbezirks Hessen auch gegenüber dem Staat gewährleistet sein müsse. Der hessische DGB-Bezirk fordert ebenso wie der Hauptvorstand der IG Druck und Papier und der DGB-Bundesjugendausschuß „die Stärkung der internationalen Gewerkschaftsbewegung" und lehnt deren im Kommissionsentwurf enthaltene Begrenzung auf die sogenannten „freien" Gewerkschaften ab.

Der Versuch zur Programmierung der Gewerkschaften in einer bestimmten Richtung zeigt sich auch bei der Aufgabenstellung zur Wirtschaftspolitik. So ist es bezeichnend für die Kommission, daß im Entwurf der Kampf um Mitbestimmung überhaupt nicht erwähnt ist. Neben anderen Antragstellern fordert hier der Vorstand der IG Metall, die „umfassende Verwirklichung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer" als Aufgabe in die Satzung aufzunehmen. Ansonsten sucht man bei den Anträgen der IG Metall Vorschläge zur Veränderung des unzureichenden Kommissionsentwurfs vergeblich. Dies ist umso erstaunlicher, als zahlreiche entsprechende Vorschläge von Vertreterversammlungen dem Vorstand der IG Metall vorliegen und auch bei einer Zusammenkunft aller IG-Metall-Delegierten zum außerordentlichen DGB-Kongreß konkrete Anträge zum Kommissionsentwurf eingebracht wurden, nachdem dieser auf heftige Kritik gestoßen war.

Diese Mißachtung des Mitgliederwillens scheint ein in Gewerkschaftskreisen viel diskutiertes Gerücht zu bestätigen. Danach soll der Vorstand der IG Metall mit dem Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) folgende Vereinbarung getroffen haben: Die DPG zieht ihren Antrag zwecks Änderung des Delegiertenschlüssels für DGB-Kongresse zugunsten der mitgliederschwachen Gewerkschaften zurück, wenn dafür die IG Metall den Paragraphen 2 des Satzungsentwurfs ohne wesentliche Änderungen billigt. Sollte sich dieser Kuhhandel bewahrheiten, wird es an den 430 Delegierten liegen, einen Strich durch solche Rechnungen zu machen. Wie notwendig das ist, geht schon daraus hervor, daß fast alle Anträge zum Paragraphen 2 Verbesserungen im Interesse der Stärkung der Gewerkschaften vorschlagen.

In einem nicht unwesentlichen Punkt des Satzungsentwurfs sollten die Delegierten den Vorschlägen der Kommission folgen. Die Kommission kam zu der bemerkenswerten Feststellung, daß Westberlin kein Bestandteil der Bundesrepublik ist. Diese realistische Satzungsbestimmung im Entwurf soll nach einigen Anträgen, darunter der IG Metall und der ÖTV, dahingehend geändert werden, daß Westberlin ein Teil der BRD sei.

Nach der Fixierung der Aufgaben ist der Ausbau der innergewerkschaftlichen Demokratie ein weiteres wichtiges Problem einer neuen DGB-Satzung. Wenn auch die „Reformer von rechts", die auf dem 8. DGB-Kongreß mit Hilfe einer neuen Satzung den DGB zentralistisch zu Ordnungsfaktoren umfunktionieren und die Demokratie in den Gewerkschaften weiter einschränken wollten, eine Absage erhalten haben, gibt es nach wie vor einige Anträge, die diese Richtung weiter verfolgen. So will ein umfangreicher Antrag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung die Aufgaben der im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften im wesentlichen auf tarifliche, arbeitsrechtliche und innergewerkschaftliche Fragen beschränkt wissen, während zu den politischen Fragen nur noch der DGB-Bundesvorstand Stellung nehmen soll.

Die Mehrzahl aller übrigen Anträge beschäftigt sich jedoch erfreulicherweise mit dem Ausbau der Demokratie im DGB. Hervorzuheben ist unter anderem die geforderte Stärkung des Bundesausschusses aufgrund von Anträgen der IG Chemie und des DGB-Landesbezirks Hessen sowie die Ausweitung des Antragsrechtes für DGB-Kongresse, wonach neben den Hauptvorständen der Gewerkschaften und den Landesbezirksvorständen auch die jeweiligen Gewerkschaftstage bzw. Landesbezirkskonferenzen Antragsrecht erhalten sollen.

Kritisch zu vermerken bleibt jedoch, daß keiner der 250 Anträge fordert, daß das 1962 abgeschaffte Antragsrecht der DGB-Kreise wieder eingeführt wird. Viele hundert Anträge von DGB-Kreisvorständen und Kreisdelegiertenkonferenzen hatten diese für die demokratische Willensbildung entscheidende Forderung erhoben. Jedoch wurden diese Anträge von den DGB-

IG-Druck-Jugend für Bündnis

Mitte März tagte in Springen/Taunus die 4. Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier. Die 70 Delegierten faßten wichtige Beschlüsse, die der gesamten Gewerkschaftsbewegung der Bundesrepublik für die eigene Arbeit von Bedeutung sind.

So begrüßten die Delegierten die Verträge von Moskau und Warschau als „wichtige Schritte auf dem Wege einer friedlichen Koexistenz mit den sozialistischen Staaten" und forderten ihre baldige Ratifizierung ebenso wie die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz.

In einem einstimmig angenommenen Appell an den DGB und die Einzelgewerkschaften verlangte die Konferenz die Verurteilung der CDU/CSU, FDP, NLA und der reaktionären Kräfte innerhalb der SPD, die die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau sabotieren. Zugleich forderte sie „das Verbot der NPD und aller anderen faschistischen Organisationen". Die Delegierten sprachen sich dafür aus, daß „ein einheitliches Aktionsbündnis aller demokratischen Kräfte" gegen das Rechtskartell geschaffen wird. In dem Zusammenhang stellten sie fest: „Der Feind steht rechts". Es komme darauf an, „eine neue unheilvolle Allianz restaurativer Kräfte aus Politik und Wirtschaft zu verhindern."

Ebenfalls protestierte die Konferenz gegen alle Versuche, die Gewerkschaften durch einen fanatischen Antikommunismus zu schwächen und bedauerte, „daß trotz zahlreicher Entschließungen gewerkschaftlicher Gremien der Antikommunismus selbst in Beschlüssen der SPD wieder lebendig wird".

Neben grundlegenden Veränderungen der beruflichen Bildung und Verbesserung des Jugendarbeitsschutzes verlangten die jungen Gewerkschafter einen Prozenttarif für Lehrlinge. Sie kritisierten den Regierungsentwurf zur Novellierung des reaktionären Betriebsverfassungsgesetzes und forderten u. a. die Streichung jener Artikel, die den Betriebsrat an ein imaginäres „Gemeinwohl" binden und zur „Friedenspflicht" zwingen.

Nicht zuletzt verurteilte die Konferenz entschieden die Versuche Schillers, die Gewerkschaften mit Hilfe von konzentrierter Aktion und Lohnleitlinien an den kapitalistischen Staat zu schmieden. Nicht nur der 9. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier im Oktober 1971 in Nürnberg, sondern alle DGB-Gewerkschaften sollten sich diese Beschlüsse zum Beispiel nehmen und aktiv für ihre Durchsetzung wirken.

W. P.

Landesbezirkskonferenzen, entgegen einem ausdrücklichen Beschluß des letzten DGB-Kongresses, nicht an die Satzungskommission weitergeleitet.

Wie NACHRICHTEN erfahren haben, wollen viele Gewerkschafter in betrieblichen und örtlichen Bereichen bis zum außerordentlichen Bundeskongreß die begonnene Diskussion fortsetzen und die jeweiligen Delegierten verpflichten, den Mitgliederwillen in Düsseldorf zu vertreten. Ferner sei geplant, durch Entschließungen, Telegramme und Delegationen zum außerordentlichen Kongreß den Forderungen der Mitgliedschaft Nachdruck zu verleihen. Notwendig ist es, daß eine Satzung beschlossen wird, die mithilft, die Gewerkschaften als unabhängige Kampforganisationen zu stärken sowie die Demokratie im DGB nicht einzuschränken, sondern weiter auszubauen.

Darüber hinaus ist von zahlreichen Gewerkschaftern die Forderung erhoben worden, der außerordentliche DGB-Bundeskongreß möge außerhalb der Beschlußfassung über eine neue Satzung zum vorliegenden Regierungsentwurf einer Novellierung des BetrVG Stellung nehmen. Viele Gewerkschafter erwarten, daß in einer Entschließung der Regierungsentwurf, der das bestehende reaktionäre Gesetz noch teilweise verschlechtert, abgelehnt und dafür die Verwirklichung der Vorschläge des DGB vom März 1970 verlangt wird.

Dr. Werner Petschick

9. Jugendkonferenz der IG Metall

Vom 15. bis 17. April, während diese Ausgabe der NACHRICHTEN gedruckt wird, tritt in Saarbrücken die 9. Jugendkonferenz der IG Metall zusammen. Der Konferenz liegen zahlreiche Anträge mit progressiver Thematik aus den Bereichen allgemeine Politik, Sozial-, Wirtschafts-, Tarif- und Gesellschaftspolitik vor. Seit der 8. Jugendkonferenz vor drei Jahren sei die Jugendarbeit der IG Metall durch einen immer stärker werdenden Prozeß der Politisierung wesentlicher Teile der arbeitenden Jugend gekennzeichnet gewesen, heißt es in dem Rechenschaftsbericht, der den Delegierten von der Abteilung Jugend beim Vorstand der IG Metall vorgelegt wurde.

NACHRICHTEN werden in der Mai-Ausgabe ausführlich über Problematik und Ablauf der 9. Jugendkonferenz der IG Metall berichten.

32. Treffen

Der traditionelle Gedankenaustausch zwischen Arbeitern und Gewerkschaftern der DDR und der Bundesrepublik während der Leipziger Messe fand in diesem Frühjahr zum 32. Male statt. Im Haus Auensee trafen sich am 19. und 20. März 1971 rund 1200 Teilnehmer der 32. Deutschen Arbeiterkonferenz aus der Bundesrepublik, West-Berlin und der DDR. Vertreten waren Delegationen des FDGB, der SED, der DKP, SDAJ und SEW. Prominentester Gast war Prof. Albert Norden, Mitglied des Politbüros und Sekretär des SED-Zentralkomitees.

Der erste Redner, Ernst Schladitz, Vorsitzender der Betriebsgewerkschaftsleitung des Magdeburger Thälmann-Werkes, erläuterte u. a. die Funktion der Mitbestimmung in der DDR: „Es gibt keinen Volkswirtschaftsplan, keinen Perspektivplan, keinen Betriebskollektivvertrag und keinen Plan zur Rationalisierung, der nicht mit Werktätigen gründlich beraten wird."

Für die Teilnehmer aus der Bundesrepublik sprach Heinz Lang, Betriebsrat und Gewerkschaftsfunktionär aus Düsseldorf. „Die Mitbestimmung ist auf Eis gelegt, und wie Schmidt und Wehner erklärten, wird sie auch in dieser Legislaturperiode im Bundestag nicht mehr behandelt", strich Lang den gesellschaftspolitischen Gegensatz in der Wirklichkeit beider deutscher Staaten heraus. „Geblieben ist eine sogenannte Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes, die das geltende reaktionäre Gesetz in entscheidenden Punkten noch verschlechtern soll. Darum muß der Regierungsentwurf verschwinden, und die Gesetzesvorschläge unseres Gewerkschaftsbundes vom März 1970 müssen wieder auf den Tisch!"

Sowohl im Referat von Heinz Lang als auch in der Diskussion in Arbeitskreisen und Plenum spielten die Fragen der Mitbestimmung, der Betriebsverfassung, der sozialen Lage und Innen- sowie Außenpolitik der Bundesregierung eine zentrale Rolle. Der Leiter der DKP-Delegation, das Mitglied des Präsidiums des Parteivorstandes Willi Gerns, sagte: „Neben den sozialen Kämpfen erhalten auch die Auseinandersetzungen um die sogenannten inneren Reformen ein immer größeres Gewicht." Für den erfolgreichen Kampf um demokratische Lösungen sei das Zusammenwirken von Sozialdemokraten und Kommunisten unerläßlich.

Albert Norden versicherte die westdeutschen Teilnehmer der Solidarität und Unterstützung durch die DDR. Was den Sozialismus stärke, gereiche auch den Arbeitern, Angestellten und Gewerkschaftern in der Bundesrepublik zum Nutzen.

- ie -

BetrVG - Jeder muß protestieren

IG Druck und Papier fordert Kampf gegen BetrVG
Wehner wirbt in DGB-Zeitung für SPD/FDP-Novelle

„Jetzt ist die Stunde gekommen, in der jeder einzelne gegen die gesellschaftspolitische Reaktion protestieren muß!" Mit diesem Appell wandte sich im März der Hauptvorstand der IG Druck und Papier an die Mitglieder, um sie zu Aktionen gegen den Regierungsentwurf des Betriebsverfassungsgesetzes aufzufordern. Appelle an die Gewerkschaften bzw. die Bundestagsabgeordneten, alle notwendigen Maßnahmen zur Durchsetzung eines fortschrittlichen BetrVG zu ergreifen, richteten auch Betriebsräte sowie örtliche und regionale Gewerkschaftsorgane.

Die Gewerkschaftszeitung „druck und papier" erinnert in der Ausgabe vom 8. März 1971 an die erfolgreiche Protestbewegung Hunderttausender vor zehn Jahren gegen die geplante Kostenbeteiligung in der Krankenversicherung und schließt daran die Frage: „Haben wir das verlernt?" Es sei auch in der Frage des BetrVG unerläßlich, daß die Gewerkschafter, Arbeiter und Angestellten ihre Forderung nach einer fortschrittlichen Betriebsverfassung öffentlich und nachdrücklich vertreten. „Aus diesem Grunde muß in Großveranstaltungen — natürlich auch im Kleinen, täglich im Betrieb — der Durchsetzungswille der Arbeitnehmer für ein fortschrittliches BetrVG offenkundig gemacht werden", schreibt die Zeitung. Und weiter: „Der Hauptvorstand ruft — in Übereinstimmung mit dem DGB — all unsere Funktionäre und Mitglieder auf, jetzt nicht zu schweigen, sondern die von ihnen gewählten Bundestagsabgeordneten in geeigneter Form unmißverständlich davon in Kenntnis zu setzen, daß wir vom Bundestag eine entscheidende Korrektur am Regierungsentwurf zum Betriebsverfassungsgesetz erwarten . . . Unsere Betiebsräte und Vertrauensleute müssen sich mit den Details der Entwürfe befassen, erst so ist ein Gesamteindruck möglich, der erkennen läßt, in welche Richtung die Regierungsvorlage führt."

Neben anderen Gewerkschaftsorganen protestierte die Vertreterversammlung der Ortsverwaltung Stuttgart der IG Metall namens ihrer 86 000 Mitglieder gegen die jetzige reaktionäre Fassung des Regierungsentwurfs. Sie forderte den Vorstand der IG Metall auf, alle Maßnahmen für die Verwirklichung eines fortschrittlichen BetrVG zu ergreifen. Der SPD/FDP-Entwurf gehe an den Forderungen der gewählten Vertreter der Arbeiter und Angestellten in den Betieben vorbei.

Der Druck aus den Betrieben, örtlichen und regionalen Organen und Veranstaltungen reicht aber noch keineswegs aus, um die Gewerkschaftsvorstände — und das gilt nicht nur für die IG Metall — zu einer schärferen Gangart zu bewegen. Sonst hätte das Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall, Olaf Radke, Anfang April in Hamburg nicht erklären können, die BetrVG-Novelle dürfe trotz vieler Bedenken „aus gewerkschaftlicher Sicht nicht abgewehrt" werden. Man könne an den „augenblicklichen politischen Realitäten" nicht vorbeigehen und müsse erkennen, daß das Gesetz auch Fortschritte bringe.

Das sagt ausgerechnet Olaf Radke, der seit Veröffentlichung des SPD/FDP-Entwurfs im Dezember 1970 in mehreren Ausgaben des „Gewerkschafters" überzeugend den reaktionären Charkter dieser Vorlage nachgewiesen und sichtbar gemacht hat, daß sie gegenüber dem geltenden Recht in der Frage des Zugangs der Gewerkschaften zum Betrieb, der politischen Betätigung des Betriebsrats, des Gruppenrechts von Arbeitern und Angestellten, der Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten usw. gravierende Verschlechterungen bringen würde. **Die Hamburger Ausführungen Radkes stehen in auffallender Übereinstimmung mit den Verniedlichungen und Lobpreisungen des untauglichen Regierungsentwurfs durch Herbert Wehner, dem die „Welt der Arbeit" dafür am 26. März drei Spalten zur Verfügung stellte.**

Zu begrüßen ist allerdings die Abgrenzung von dem Wehner-Artikel durch den stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Gerd Muhr in der „Welt der Arbeit" vom 2. April: „Wir sehen aber nicht ein, daß das geltende Betriebsverfassungsgesetz in einigen wesentlichen Punkten gegenüber dem bisherigen Rechtszustand noch verschlechtert werden soll . . . Der vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung darf noch nicht das letzte Wort sein." Das ist praktisch auch schon alles, was Muhr dazu zu sagen hatte. Kein Hinweis darauf, was geschehen soll, was der DGB und seine Gewerkschaften dazu tun wollen, damit das von allen Gewerkschaftern verlangte gesellschaftspolitisch fortschrittliche BetrVG Wirklichkeit wird.

Wenn eine Willenserklärung des DGB-Bundesausschusses, des höchsten Organs zwischen den Bundeskongressen, auch künftig von politischem Gewicht und glaubwürdiger Ernsthaftigkeit sein soll, dann wird nun endlich geschehen müssen, was der Bundesausschuß Anfang Dezember 1970 ankündigte: der unzureichenden BetrVG-Novelle „den erbitterten Widerstand des DGB und seiner Gewerkschaften" entgegenzusetzen. Hearings und Appelle an die Bundestagsabgeordneten, die ja in ihrer Mehrzahl das Gewerkschaftsbuch in der Tasche tragen und dennoch den gewerkschaftsfeindlichen Gesetzentwurf verabschieden wollen, reichen nicht mehr aus. Auch Herbert Wehner schrieb in der „Welt der Arbeit", daß im Ausschuß für Arbeit nicht mehr mit wesentlichen Verbesserungen zu rechnen sei.

In dieser Situation, in der praktisch die „demokratischen Volksvertreter" auf undemokratische Weise auf die Interessenlage der Konzerne und der Unternehmerverbände vergattert sind, hilft nur noch eine breite Protestbewegung in den Betrieben und auf der Straße die reaktionäre Betriebsverfassung abwenden. So hat es — wie eingangs zitiert — die IG Druck und Papier gefordert, und in diesem Sinne haben schon zahlreiche Betriebsräte und Gewerkschaftsorgane gehandelt. Aber diese Bewegung muß um ein Vielfaches verstärkt, muß bewußt von den Betriebsräten und Vertrauensleuten sowie allen Gewerkschaftsleitungen organisiert werden. Nur dann kommt der Regierungsentwurf vom Tisch und haben die DGB-Vorschläge vom März 1970 eine Chance.

NACHRICHTEN-Synopse zum BetrVG findet Zustimmung

Die von der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH (NVG) herausgebrachte Synopse — vergleichende Darstellung — zum Regierungsentwurf eines neuen BetrVG und den gewerkschaftlichen Forderungen ist offensichtlich besonders für Gewerkschafter eine große Hilfe für die Orientierung und Problemdiskussion. Darauf lassen die umfangreichen Bestellungen (1,50 DM je Exemplar, Mengenrabatt) und die anerkennenden Zuschriften schließen. Hier einige Beispiele aus solchen Briefen:

„Zu diesem Sonderdruck zur rechten Zeit kann man Sie nur beglückwünschen."
Peter Wagner, Frankfurt/Main

„Sie haben die komplizierte Problematik überschaubar gemacht. Nach Durchsicht Ihrer Synopse weiß man endlich, worum es im einzelnen geht."
W. Melchior, Köln-Niehl

„Wir erbitten nochmals 50 Exemplare ‚Synopse zur BetrVG-Novelle' zum Rabattpreis. Bei dieser Gelegenheit möchten wir Ihnen Anerkennung für diese Arbeit sagen. Als wir die ersten Exemplare den Kollegen gaben, gingen die anderen weg wie warme Semmeln."
Im Auftrage
Hans Kollmann, Braunschweig

Lohnpolitik und Mitbestimmung

Taschenbuch „Arbeiterseminar '71" (Mannheim) erschienen
Aus Diskussionsreden von W. Cieslak (DKP) und A. Walter (SHB)

Unter dem Titel „Arbeiterseminar '71" hat die NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft (NVG) Mitte April 1971 ein neues Taschenbuch vorgelegt. Neben Referat und Thesen von Dr. Heinz Jung zum Thema: „Arbeiterklasse — Eigentum — Mitbestimmung — Systemveränderung" auf dem gesellschaftspolitischen Seminar Ende Februar in Mannheim enthält das Taschenbuch wesentliche Auszüge aus Diskussionsbeiträgen. In Fortsetzung der Berichterstattung in NACHRICHTEN 3/71 bringen wir nachstehende Ausschnitte der Beiträge von Werner Cieslak, Mitglied des Parteivorstandes der DKP, zur Lohnpolitik und Annette Walter, Mitglied des Bundeszentralrates des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) zu Problemen der Mitbestimmung.

DKP und aktive Lohnpolitik

Die Konzerne und die Unternehmerverbände haben der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften den „härtesten Kampf" bei allen sozialen und lohnpolitischen Entscheidungen angekündigt. Alle Lasten der kapitalistischen Profit- und Mißwirtschaft sollen in der beginnenden Phase des wirtschaftlichen Rückschlags verstärkt den Arbeitern und Angestellten aufgebürdet werden. Unter dem Motto der Stabilisierung der Konjunktur soll die arbeitende Bevölkerung, wie schon so oft in früheren Jahren, zum Konsumverzicht gezwungen werden. In dieser Situation hat Minister Schiller die Aufgabe übernommen, diese Stabilisierungspolitik im Interesse der Profite der großen Monopole in einer konzertierten Aktion mit der Bundesbank und den Unternehmerverbänden zu koordinieren.

Die DKP unterstützt mit allem Nachdruck die von Arbeitern, Angestellten und ihren Gewerkschaften aus den Betrieben und Büros auch unter antizyklischen Gesichtspunkten vorgetragenen Lohnforderungen. Wobei ich hinzufügen möchte, daß es für Marxisten kein Geheimnis ist und auch gesagt werden muß, daß auch die beste gewerkschaftliche Lohnpolitik nicht den kapitalistischen Krisenzyklus beseitigen kann. Aber — eine aktivere Lohnpolitik kann die schlimmsten Auswirkungen gegenüber den Arbeitern und Angestellten bremsen.

Die zunehmende Härte der Tarifauseinandersetzungen bestätigt die Feststellung unserer Partei, daß die Klassenauseinandersetzungen bei uns in der Bundesrepublik an Schärfe zunehmen. Schiller ist, wie seine CDU-Vorgänger, mit seinen Sprüchen: „Aufschwung nach Maß", „Soziale Symmetrie" und „Globalsteuerung" nicht in der Lage, das anarchische Auf und Ab im Kapitalismus in kontinuierliches Wachstum zu verwandeln. Schillers Steuerungsversuche haben sich immer mehr als sozialdemokratische Variante zur Stabilisierung der Konzern- und Profitwirtschaft entpuppt.

Dort wo die Belegschaften frühzeitig eine Lohnbewegung entfachten, wo Vertrauensleutekörper auf Grund der Gewinnsituation Lohnforderungen entwickelten, wo die Vertreter in den gewerkschaftlichen Tarifkommissionen konkrete Aufträge der Belegschaften erhielten, wurden die Voraussetzungen für eine richtige Tariforientierung geschaffen. In diesen Betrieben gab es dann auch zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen wirkungsvolle entsprechende Aktionen. Und diese Bewegung von unten schuf die Voraussetzung, die Unternehmertaktik zu durchkreuzen.

Wir unterstützen die in den Betrieben von den Gewerkschaften erhobene Forderung, effektive Lohnforderungen in Höhe von 15 Prozent durchzusetzen. Gleichfalls unterstützen wir alle Bestrebungen, die vorsehen, eine Vorweganhebung der Tarife zu vereinbaren, um die Kluft zwischen Effektiv- und Tariflöhnen zu verringern, die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen darüber hinaus anzuheben, die Lehrlingsvergütungen im gleichen Umfang anzuheben, das 13. Monatseinkommen, Verbesserungen in der Urlaubsregelung sowie tariflichen Bildungsurlaub zu vereinbaren und ebenfalls die Bestrebungen fortzusetzen, durch Öffnungsklauseln in Tarifverträgen den Abschluß von Zusatzverträgen für Großbetriebe zu ermöglichen.

Die Großkonzerne, die CDU/CSU und die sozialdemokratisch geführte Regierung, haben einem solchen gewerkschaftlichen Lohnkonzept den Kampf angesagt. Die Gewerkschaften tun gut daran, wenn sie den Belegschaften die Kampferfolge der Vergangenheit als Beispiel für die Möglichkeiten in der Gegenwart vor Augen halten. Denn alle Erfahrungen aus den Klassenauseinandersetzungen der letzten Jahre lehren, daß die arbeitende Bevölkerung nur das bekommt, was sie sich im Kampf um die Zurückdrängung der Macht des Monopolkapitals und bei der schließlichen Überwindung des spätkapitalistischen Herrschaftssystems erzwingt.

Werner Cieslak

Eine Waffe im Klassenkampf

Kampf um Mitbestimmung bedeutet, sich von den Theorien der „Sozialpartnerschaft" und der „Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit", von den Phrasen der „Wirtschaftsdemokratie" und der „formierten" oder „mündigen Gesellschaft" zu lösen. Die Gewerkschaften müssen sich den Bestrebungen und Versuchen der Monopolbourgeoisie widersetzen, die die Forderung nach Mitbestimmung zur demokratischen Bemäntelung von Entscheidungen im Interesse des Kapitals umzufunktionieren suchen.

Nicht mit dem Kapital, sondern nur gegen das Kapital ist die Mitbestimmung durchzusetzen. Das Ziel der Mitbestimmung, eine maßgebliche Beteiligung der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften an der Führung und Verwaltung der Betriebe, Unternehmen sowie überbetrieblichen Wirtschaftsorgane, schließt sozialpartnerschaftliches Verhalten aus. Mitbestimmung im sozialpartnerschaftlichen Sinne hieße, daß die Arbeiterklasse dazu beiträgt mitzuhelfen, Probleme des Großkapitals zu lösen, etwa mitzubestimmen, welche Arbeiter bei Stillegungen von Werksteilen entlassen, welche in andere Zweige übernommen werden.

Es geht nicht an, daß die Arbeitervertreter die Fehler der Unternehmer und die zutagetretenden Widersprüche des kapitalistischen Systems für diejenigen lösen, die die Miseren verursacht haben. Eine derartige Mitbestimmung trägt außerdem dazu bei, die Arbeiter zu verwirren und die Arbeitervertreter bei der Arbeiterklasse zu diskreditieren. Der Unmut der Kollegen in den Betrieben richtet sich nicht so sehr gegen die, die alles verursacht haben, sondern gegen die, von denen sie vertreten werden und die jetzt Maßnahmen gegen die eigenen Kollegen beschließen.

Solange die Arbeiterklasse und ihre Vertreter sowie die Gewerkschaften nicht auf allen Gebieten und auf allen Ebenen entscheidenden Einfluß erlangen, solange dient jede „Teil-Mitbestimmung" mehr oder weniger den Interessen des Kapitals, d. h. es wird mitgeholfen, nicht verschuldete Miseren zu lösen anstatt diese Miseren zum Anlaß zu nehmen, gegen die vorzugehen, die diese Miseren schaffen.

Annette Walter

‚Hausfrauenrente' ungenügend

Öffnung der Rentenversicherung löst Probleme nicht
Für soziale Sicherung der Frau viele Maßnahmen nötig

Seit Jahren wird in der Bundesrepublik über eine „Hausfrauenrente" geredet und geschrieben. In der 1966 vorgelegten Sozialenquete wurde die Zubilligung einer selbständigen Altersrente als Anerkennung der Leistungen der Hausfrauen und Mütter angeregt. In dem vom 8. DGB-Kongreß beschlossenen DGB-Programm für Arbeitnehmerinnen wird ein „eigenständiger Renten- und Pensionsanspruch der Frau" gefordert. Die Bundesregierung hat jetzt die Vorlage eines Gesetzentwurfes angekündigt, nach dem bis Mitte 1973 die gesetzliche Rentenversicherung den Hausfrauen, aber auch den Selbständigen, zugängig gemacht werden soll.

Der DGB wendet sich grundsätzlich gegen die Einbeziehung der Selbständigen in die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten. Er befürchtet zu Recht, daß dies wieder zu Lasten der Arbeiter und Angestellten gehen würde, wie es schon bei der Handwerkerversicherung der Fall ist, wo seit ihrer Eingliederung in die Rentenversicherung der Arbeiter im Jahre 1962 ein Defizit in Höhe von 1,7 Milliarden DM aus dem Beitragsaufkommen ausgeglichen werden mußte. Der DGB vertritt den Standpunkt, daß für Selbständige und freie Berufe eine eigene Versicherungseinrichtung geschaffen werden sollte.

Auch die „Hausfrauenrente", so fürchten die Gewerkschaften, könnte die Rentenversicherung zusätzlich belasten. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Walter Arendt, hat in einem Interview erklärt, diese Befürchtungen seien unbegründet und zugleich präzisiert, was die Hausfrauen zu erwarten haben. Danach soll den Hausfrauen lediglich das Recht eingeräumt werden, sich freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung zu versichern. Wahrscheinlich müssen sich ältere Frauen auch für etwa 15 Jahre nachversichern und damit die Wartezeit für ein eigenes Altersruhegeld erfüllen.

Durch dieses Gesetz würden die Hausfrauen wieder in den Stand gesetzt, der ihnen von der CDU/CSU-Regierung 1957 mit der Rentenreform genommen wurde. Bis Ende 1956 konnte sich jede Hausfrau in der gesetzlichen Rentenversicherung selbst versichern, auch wenn sie nie versicherungspflichtig gewesen war. Mit der Rentenreform wurde dieses Recht beseitigt. Seit dem 1. Januar 1957 ist eine freiwillige Weiterversicherung nur möglich, wenn zuvor für mindestens 60 Monate eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt wurde.

Die Wiederherstellung des alten Zustandes für die Hausfrauen hat jedoch einen Haken: Die Rentenversicherung ist wesentlich teurer geworden! Bis Ende 1956 konnten die Hausfrauen einen Mindestbeitrag von 50 Pfennig pro Woche kleben. In 15 Jahren mußten sie 390 DM aufwenden, um z. B. in der Invalidenversicherung einen Rentenanspruch von 55 DM zu erwerben. Jetzt beträgt der billigste Beitrag im Monat 17 DM und ab 1973 soll er 18 DM kosten. Eine Mindestrente gibt es nicht mehr. Für 15 Jahre wären bei dem Mindestbeitrag von 17 DM insgesamt 3060 DM aufzubringen und das Altersruhegeld aus diesen Beiträgen würde in diesem Jahr 20,80 DM im Monat betragen. Natürlich kann durch mehr oder höhere Beiträge ein entsprechend besseres Altersruhegeld erreicht werden. Dem guten Willen sind dabei kaum Grenzen gesetzt, eher schon dem Geldbeutel.

Mit der „Hausfrauenrente" sind die Probleme der sozialen Sicherung für die Frauen in der Bundesrepublik keineswegs gelöst. Selbstverständlich müssen Maßnahmen der sozialen Sicherheit auch die im Haushalt tätigen Frauen einschließen. Das gilt nicht nur für den Anspruch, sich selbst in der Rentenversicherung zu versichern und damit neben einer eigenen Rente auch Anspruch auf Heilmaßnahmen und Kuren zu erwerben.

Darüber hinaus ist dringend eine Verbesserung der Rentenberechnung für die Frauen vorzunehmen. Nach dem Rentenanpassungsbericht 1970 erreichen die Frauen in den Rentenversicherungen bei Bezug von Alters- und Erwerbsunfähigkeitsrenten zu 71,4 Prozent noch nicht einmal 300 DM im Monat, — bei den Männerrenten bleiben nur 20,6 Prozent bei dieser niedrigen Rente stehen.

Im DGB-Programm für Arbeitnehmerinnen wird die Einführung von Mindestrenten, ein Härteausgleich für niedrige Renten, die sich als Folge jahrzehntelanger Unterbezahlung der Frauen ergeben und die Anerkennung der Kindererziehung als Beitragszeit, wenn hierfür eine versicherungspflichtige Tätigkeit unterbrochen werden mußte, gefordert. Die Verwirklichung dieses Anspruches würde die Renten für Millionen berufstätiger Frauen wesentlich erhöhen und ihre soziale Sicherheit für das Alter und bei Erwerbsunfähigkeit bedeutend verbessern. - pp -

47 426,67 DM Monatsgehalt

Die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" veröffentlichte am 2. März 1971 Angaben über die „Gehälter" der Manager der Konzerne für das Jahr 1969. Danach beliefen sich die Jahresbezüge der Vorstandsmitglieder von 690 Aktiengesellschaften auf 167 320 DM im Durchschnitt. Das ergibt ein Monatsgehalt von 13 943,33 DM und einen Stundenlohn von 80,12 DM — bei einer Arbeitszeit von 174 Stunden im Monat.

Bei den Bossen bekannter Großkonzerne liegen die Bezüge über dem Durchschnitt. Beispielsweise „verdienten" die Vorstandsmitglieder nachstehender Konzerne im Jahr:

Karstadt	**575 860 DM**
Daimler-Benz	**569 120 DM**
Friedr. Krupp	**547 460 DM**
Deutsche Bank	**519 420 DM**

Zu den Vorstandsmitgliedern von Daimler-Benz gehört der erklärte Gewerkschaftsgegner Hans-Martin Schleyer. Er streicht monatlich 47 426,67 DM, bzw. stündlich 266,24 DM ein. Zu diesem Mammutgehalt kommen noch größere Erträge aus Aktien, die Herr Schleyer sicher besitzt, hinzu. Außerdem erhält er noch weitere Bezüge als Vizepräsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände (BDA) sowie Aufsichtsratstantiemen.

Konzernbosse vom Schlage eines Herrn Schleyer geifern aber tagtäglich gegen die Lohnforderungen der Gewerkschaften und diffamieren sie als „maßlos" und „unverschämt". Was Herr Schleyer in einer Stunde einsteckt, dafür muß ein Facharbeiter eine ganze Woche hart arbeiten. - ick

Mehr Arbeitslose und Kurzarbeiter

Im Monat März ist die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter als Ausdruck fortschreitender Konjunkturabkühlung weiter gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich auf 206 500 und der Kurzarbeiter auf 72 000. Um 16 Prozent oder 133 700 auf 700 800 verringerte sich gleichzeitig die Zahl der sogenannten offenen Stellen, die jedoch vorwiegend nur rechnerischen Charakter haben, da ihre Anbieter in der Regel bereits 40- bis 50jährige Arbeitsuchende als „zu alt" oder „ungeeignet" zurückweisen.

Verwirklichte Einheit

25 Jahre Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Ein historisches Ereignis in der Arbeiterbewegung

Am 21. April 1946, ein Jahr nach dem totalen Zusammenbruch der Nazi-Diktatur, wurde in Berlin die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) gegründet. 548 sozialdemokratische und 507 kommunistische Delegierte beschlossen mit ihrem einstimmigen Beschluß die politische Einheit der Arbeiterklasse in einer Arbeiterpartei auf der Grundlage des Marxismus. Ihr vorrangiges Ziel war die Wiederherstellung der Demokratie in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft als Grundlage des Sozialismus. Dem Gründungsparteitag gingen voraus der 40. Parteitag der SPD und der 15. Parteitag der KPD, die die Grundsätze und Ziele einer sozialistischen Einheitspartei erörterten und die Gründung einer einheitlichen Arbeiterpartei billigten.

Die Gründung der SED war ein entscheidender Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Das wurde von den Delegierten schon bei der Eröffnung des Vereinigungsparteitages empfunden, als die beiden Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl sich unter minutenlangem Beifall der Delegierten die Hände reichten. Als dann Walter Ulbricht, heute Staatsratsvorsitzender der Deutschen Demokratischen Republik, als Tagungsleiter das Abstimmungsergebnis verkündete, mit dem die Delegierten einstimmig die Gründung der SED beschlossen hatten, standen die Teilnehmer spontan auf und sangen die Internationale.

Das Arbeitsergebnis des Gründungsparteitages bestand in einer Reihe von Beschlüssen wie Verabschiedung der Grundsätze und Ziele der SED und des Parteistatutes sowie eines Manifestes an das deutsche Volk. Zu gleichberechtigten Vorsitzenden der SED wählten die Delegierten den Kommunisten Wilhelm Pieck und den Sozialdemokraten Otto Grotewohl. Der vom Vereinigungsparteitag gewählte Parteivorstand setzte sich paritätisch aus jeweils 40 ehemaligen Mitgliedern der SPD und KPD zusammen. Der Sozialdemokrat Max Fechner und Walter Ulbricht wurden zu stellvertretenden Parteivorsitzenden bestimmt.

In einem programmatischen Dokument legte der Vereinigungsparteitag die „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" dar. **Diese Grundsätze waren eine klare Absage an den Reformismus und stellten fest, daß, fußend auf der Lehre von Marx und Engels, die Voraussetzung für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse sei.** Als Ziele wurden in dem Dokument der SED „die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung" aufgestellt.

Als wichtigste Gegenwartsforderung verlangte der Vereinigungsparteitag die Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher, Beseitigung der kapitalistischen Monopole, Vernichtung des reaktionären Militarismus, Ausbau der Selbstverwaltungsorgane auf der Grundlage demokratisch geführter Wahlen, Aufbau einer Planwirtschaft und den Kampf gegen Rassenhetze und Völkerverhetzung.

Das Programm ließ aber keinen Zweifel daran, daß eine endgültige Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen ohne eine Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung nicht zu erreichen sei. So verlangte das Grundsatzdokument die Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln und deren Vergesellschaftung.

Der entscheidende Schritt zur Überführung der Betriebe von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes wurde in dem industriell entwickeltsten Teil der damaligen Ostzone, dem Lande Sachsen, getan. Unter Führung der SED und des FDGB wurde am 30. Juni 1946 ein Volksentscheid durchgeführt. Bei einer Wahlbeteiligung von 93,7 Prozent stimmten 77,6 Prozent der an der Abstimmung Beteiligten für die Übernahme der Betriebe von Kriegs- und Naziverbrechern in Volkseigentum.

Diese Entscheidung zeigte, daß mit der Gründung der sozialistischen Einheitspartei das Kräfteverhältnis sich zugunsten der Arbeiterklasse und damit zugunsten der Demokratie und des Sozialismus verändert hatte. Es zeigt aber auch, daß die Politik der SED von Beginn an den demokratischen Weg der Gewinnung der Mehrheit des Volkes durch Überzeugung von der Richtigkeit des Sozialismus gegangen ist. Sie hat allerdings nie auf die Anwendung revolutionärer Mittel verzichtet, wenn sich herausstellte, daß der politische Gegner, das Kapital, den Boden der Demokratie verließ.

Mit der Gründung der SED wurde auch eine entsprechende Forderung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes erfüllt, die der erste Kongreß im Februar 1946 aufgestellt hatte. Die Bildung einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation und die Aktionseinheit der Arbeiterschaft im Kampf gegen den Faschismus gingen der politischen Einheit der Arbeiterklasse voraus und es war logisch, daß die Delegierten des ersten FDGB-Kongresses auch die politische Einheit der Arbeiterklasse in einer einheitlichen Arbeiterpartei erwarten konnten.

Die Gewerkschaften verlangten die Ausschaltung der Kriegsverbrecher aus den Betriebsleitungen und die Enteignung der Betriebe und der Konzerne. Nach ihrer Vorstellung sollte der Wirtschaftsaufbau allein dem Volke dienen und das volle Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in den Betrieben und Wirtschaftsorganen gesichert werden. Diesen gewerkschaftlichen Vorstellungen entsprachen auch die in dem Grundsatzdokument, angenommen auf dem Vereinigungskongreß, gestellten Aufgaben und Forderungen der SED.

Die Gründung der SED als einheitliche Partei der Arbeiterklasse auf der Grundlage des Marxismus war die Voraussetzung für die gesellschaftliche Umwälzung in der DDR. Ohne den symbolisch in dem Handschlag Piecks und Grotewohls zum Ausdruck gebrachten Zusammenschluß von sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern gäbe es keinen sozialistischen Staat auf deutschem Boden, gäbe es für uns kein Beispiel realen Sozialismus als Beweis für die Fähigkeit der Arbeiterklasse, einen neuen Staat und eine neue Gesellschaft aufzubauen und zu führen. Das festzustellen ist heute, in Anbetracht des antikommunistischen Kurses einer SPD-Parteiführung, die im opportunistischen Sumpf zu versinken droht, nötiger denn je.

H. S.

Unser Nachbar DDR

DDR-Handel wächst

Der Warenaustausch zwischen der DDR und den anderen Mitgliedsländern des RGW wird in den Jahren 1971 bis 1975 mehr als 165 Milliarden Valuta-Mark (VM) betragen; darunter mit der UdSSR 100 Milliarden, der CSSR 21 Milliarden, mit Polen 16,5 Milliarden, der Ungarischen Volksrepublik 12 Milliarden, mit Bulgarien 10,5 Milliarden und Rumänien 6,5 Milliarden VM. Dieses Volumen bedeutet gegenüber dem Zeitraum von 1966 bis 1970 eine Steigerung der gegenseitigen Lieferungen um ca. 50 bis 60 Prozent.

24. Parteitag der KPdSU

4949 Delegierte mit beschließender und beratender Stimme vertraten 14,5 Millionen Mitglieder ihrer Partei auf dem Parteitag der KPdSU in Moskau. Die Beratungen dieses Parteitages fanden ein großes Echo in der ganzen Welt. Auf dem Parteitag selbst waren 101 Delegationen von Bruderparteien der KPdSU und antiimperialistische Kampforganisationen anwesend. Im Kongreßpalast des Kreml war mit den 6000 Delegierten und Gästen ein wahrhaftes Weltforum des Sozialismus und des antiimperialistischen Kampfes versammelt. Aus der Bundesrepublik waren als Gäste des Parteitages die Kommunisten Max Reimann, Kurt Bachmann und Herbert Mies anwesend.

Im Mittelpunkt des Parteitages stand der siebenstündige Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs des Zentralkomitees der KPdSU, Leonid Breschnew. Breschnew würdigte die großen Erfolge der Werktätigen der Sowjetunion beim Aufbau des Kommunismus. Industrieproduktion und Landwirtschaft hätten sich wesentlich aufwärts entwickelt. Wissenschaft und Technik seien schnell vorwärts geschritten. Auf dieser Grundlage konnte dem Hauptsinn der Tätigkeit der KPdSU entsprochen werden, allseitig den Lebensstandard der sowjetischen Bevölkerung zu heben. Das sei und bleibe auch das Hauptziel der Anstrengungen der Partei in der nächsten Periode, unterstrich Breschnew.

Die Sowjetunion ist eine sozialistische Weltmacht. Dementsprechend spielten die internationalen Fragen im Bericht Breschnews eine große Rolle. Er stellte in den Vordergrund der Außenpolitik der SU die Aufgabe, für alle sozialistischen Staaten günstige Bedingungen für den sozialistischen Aufbau zu schaffen. Dabei hob er hervor, daß das sozialistische Weltsystem „einen gewaltigen Beitrag zur Lösung einer für alle Völker so lebenswichtigen Aufgabe wie die Verhütung eines neuen Weltkrieges" leistet. Breschnew geißelte die Verbrechen des USA-Imperialismus in Vietnam und anderen Punkten der Welt, zeigte die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus auf und mahnte zur Wachsamkeit und Aktivität gegenüber allen aggressiven Machenschaften des Imperialismus.

Für die KPdSU und die Sowjetunion schlug Breschnew bedeutsame Maßnahmen vor, um den Frieden in der Welt zu sichern und eine Politik der friedlichen Koexistenz durchzusetzen. Liquidierung der Kriegsherde in Südostasien und im Nahen Osten, Aktivierung des Kampfes um Einstellung des Wettrüstens aller Art, Anerkennung der Endgültigkeit der Grenzen, die nach dem 2. Weltkrieg entstanden sind, Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz, Beseitigung aller ausländischen Militärbasen, Durchführung einer Weltabrüstungskonferenz — das sind einige der Maßnahmen, die Breschnew vorschlug, um dem berechtigten Verlangen der Völker gerecht zu werden, die Lasten der Kriegspolitik abzubauen und die neuen Möglichkeiten der modernen Produktionsmittel für das Leben zu nutzen.

Breschnew betonte die Bemühungen der SU, auch zu den Staaten der kapitalistischen Welt normale Beziehungen zu entwickeln. In diesem Rahmen äußerte er sich zur Lage, die nach der Unterzeichnung der Verträge von Moskau und Warschau entstanden ist. Breschnew unterstrich zunächst die positive Bedeutung der Verträge. Er sagte, daß sich damit „neue Perspektiven für Europa eröffnen" und sprach von einer wesentlichen Veränderung der Beziehungen der SU zur Bundesrepublik.

Durch die Verträge werden die Unantastbarkeit der Grenzen in Europa, auch die zwischen der BRD und der DDR „mit aller Bestimmtheit bestätigt." Im Zusammenhang mit diesem Teil der Rede Breschnews wurde in der BRD von den Gegnern der Verträge davon gesprochen, die Sowjetunion habe der Bundesrepublik gedroht. Wahr ist folgendes: Es wurde auf die Tatsache verwiesen, daß in der Bundesrepublik nach der Unterzeichnung der Verträge und im Zusammenhang mit der Notwendigkeit ihrer Ratifizierung die politischen Kräfte sich scharf voneinander abgrenzten.

Hier soll hinzugefügt werden, daß die Regierung Brandt/Scheel zwischen den Kräften, die eine Ratifizierung ohne Vorbehalte fordern, und denen, die die Verträge verhindern wollen, hin und her schwankt. Breschnew unterstrich, daß die Sowjetunion bereit sei, ihre mit dem Abschluß des Vertrages übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Wörtlich sagte er: „Wir sind bereit, unseren Teil des Weges zur Normalisierung und Verbesserung der Beziehungen zwischen der BRD und dem sozialistischen Teil Europas zu gehen, wenn selbstverständlich auch die andere Seite in Übereinstimmung mit Geist und Buchstaben des Vertrages handelt."

Breschnew wies aber mit allem Ernst darauf hin, „daß die Verzögerung der Ratifizierung eine neue Vertrauenskrise in bezug auf die gesamte Politik der BRD auslösen und das politische Klima in Europa sowie die Aussichten auf eine internationale Entspannung verschlechtern würde." Das ist eine Mahnung, die Brandt nicht überhören sollte. Es ist aber auch eine Mahnung an alle friedliebenden Bürger in der Bundesrepublik, ihrer eigenen Verantwortung gerecht zu werden und auf eine schnelle Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau zu drängen.

Auf weitere Aspekte des Moskauer Parteitages gehen wir in der nächsten Ausgabe der NACHRICHTEN ein.

J. L.

Französische Metallgewerkschafter für nationalen Tarifvertrag

In Grenoble tagte kürzlich der 27. Kongreß der Metallgewerkschaften des größten französischen Gewerkschaftsbundes CGT. Im Mittelpunkt der Forderungen der rund 1000 Delegierten stand die Schaffung eines einheitlichen Tarifvertrages für die 2,5 Millionen Metallarbeiter mit nationalem Geltungsbereich. Jean Breteau, Generalsekretär des Bundes der Metallarbeitergewerkschaften im CGT, begründete diese Forderung so: „Ein Vergleich der bestehenden Bezirks-, Regional- und Betriebsverträge zeigt deren absolute Regellosigkeit und zahllose ungerechtfertigte Unterschiede in ihrem Inhalt." Es sei an der Zeit, die Vereinheitlichung einer Reihe von Grundfaktoren zu erwirken wie die Verkürzung der Arbeitszeit, Herabsetzung des Rentenalters, Fragen der Arbeitssicherheit und Berufsausbildung, die gewerkschaftlichen Rechte und alles, was mit Lohn und Gehalt zusammenhängt.

Die regionalen und Betriebstarifverträge sollen durch einen einheitlichen Vertrag keineswegs aufgehoben, sondern mit dessen besseren Bestimmungen ergänzt werden. Ebenso soll das Verhandlungsrecht der regionalen und betrieblichen Organisationsteile bestehen bleiben. Die Forderung nach Abschluß eines nationalen Rahmentarifvertrages für die Metallwirtschaft wird auch von den Gewerkschaftsbünden CFDT und FO unterstützt.

Unterstützung der streikenden Ford-Arbeiter in England

Die Delegierten der Londoner Tagung der Weltautomobilausschüsse des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB) haben den seit Januar streikenden 48 000 Beschäftigten der britischen Fordwerke, die für höhere Löhne kämpfen, ihre volle Unterstützung zugesagt. Der IMB wurde aufgefordert, bei den Ford-Arbeitern und ihren Gewerkschaften in der ganzen Welt darauf hinzuwirken, daß diese sich mit ihren britischen Kollegen solidarisieren und durch ihr praktisches Verhalten in den Ford-Fabriken zum Erfolg des Streiks in England beitragen.

Standort und Perspektive

„Gewerkschaften — Standort und Perspektive", herausgegeben von Josef Ledwohn und Heinz Seeger, NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft, Frankfurt am Main, 344 Seiten, Preis 7,50 DM

Im Nachrichten-Verlag, Frankfurt am Main, ist mit dem Sammelband „Gewerkschaften — Standort und Perspektive" ein neuer Titel herausgekommen. Wie mit den bisherigen Druckwerken wendet sich der Verlag mit seinem neuesten Buch an Gewerkschafter, Betriebsräte und Vertrauensleute, aber darüberhinaus auch an Studenten, Schüler und alle sonstigen politisch Interessierten, denen es um eine Orientierung und eine kritische Betrachtung der Gewerkschaften in der Bundesrepublik geht.

In 20 Artikeln und einem Ausschnitt aus einem Vortrag von Dr. Heinz Jung, gehalten auf dem gesellschaftspolitischen Seminar des Nachrichten-Verlages in Mannheim, der sich mit dem Problem „Vermögensbildung" befaßt, sind alle Aspekte, die den Standort und die Perspektive der Gewerkschaften betreffen, beleuchtet. Die Tatsache, daß einige der Beiträge schon vorher in gewerkschaftspolitischen Zeitschriften veröffentlicht waren, mindert ihre Bedeutung keineswegs; sie unterstreicht vielmehr den politischen Wert ihrer Aussage.

Das bezieht sich z. B. auf den Artikel „Friedrich Engels zur Rolle der Gewerkschaften als Klassenorganisation im Kapitalismus" von Johanna Töpfer/Joachim Hoffmann, der vor kurzem in der Zeitschrift „Einheit — Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus", erschienen ist. Die Arbeit ist nicht nur wegen des Engels-Gedenkjahres hochaktuell, den Verfassern ist es ausgezeichnet gelungen, die Beziehungen deutlich zu machen zwischen der marxistischen Gewerkschaftstheorie Friedrich Engels und der Lage der Gewerkschaften im Spätkapitalismus.

In diesem Zusammenhang sei auch auf die Artikel von Josef Ledwohn („Schutz- und Gestaltungsfunktionen der Gewerkschaften in der Bundesrepublik") sowie Karl Stiffel („Staat und Gewerkschaft") und Ernst Hinz („Gewerkschaftspolitische Leitbilder") hingewiesen. Die besonderen Aufgaben der Gewerkschaften werden dann in einer Reihe weiterer Artikel behandelt, so zu den Frauenfragen, Jugendfragen, Bildungsaufgaben, Mitbestimmung u. a. Hier ist hervorzuheben die Arbeit von Prof. Otto Schröder zur gewerkschaftlichen Friedensstrategie und zum Kampf gegen den militärisch-industriellen Komplex.

Die wirtschafts- und lohnpolitischen Probleme der Gewerkschaften werden untersucht von Jörg Goldberg („Wirtschaftspolitik, Zielprojektion und DGB") sowie von Dr. Heinz Schäfer, der aktive Lohnpolitik als Kampfaufgabe der Gewerkschaften darstellt. Von Heinz Czymek ist in dem Sammelband eine gründliche Untersuchung der Streikkämpfe 1970 und deren Auswirkungen auf die gewerkschaftliche Lohnpolitik aufgenommen.

Besonderen Hinweis verdienen eine bemerkenswerte Arbeit von Prof. Dieter Klein („Arbeiterklasse und Gesellschaftsprognose") und ein Beitrag von Gerd Siebert („Für Stärkung der Gewerkschaften — aber wie?"), die gewiß den Beifall kritischer Gewerkschafter finden werden. Ferner eine Darstellung des FDGB als Beispiel sozialistischer Gewerkschaftspolitik von Klaus Friedrich sowie die Position der DKP zu den Gewerkschaften von Werner Cieslak.

„Gewerkschaften — Standort und Perspektive" kann allen Gewerkschaftern empfohlen werden, die sich kritisch — und selbstkritisch — mit den Gewerkschaftsproblemen auseinandersetzen wollen. Ein Sachwortregister, das dem Sammelband beigefügt ist, wird das Studium der Aufsätze und Artikel wesentlich erleichtern. *Dr. Tu.*

Kriegsforschung in der BRD

Rainer Rilling: „Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD", Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln, 1970.

„Nach einer Untersuchung der UNESCO wurden bereits Anfang der sechsziger Jahre jährlich 15 000 bis 20 000 Millionen Dollar für militärische Forschung und Entwicklung ausgegeben. 1963 waren sechzig Prozent der Weltausgaben für wissenschaftliche Forschung in die Rüstung geflossen. Zur selben Zeit waren fast eine halbe Million Wissenschaftler und Ingenieure, unterstützt von nahezu zwei Millionen Assistenten und Laborangestellten, auf dem Gebiet der militärischen Forschung tätig."

Mit diesem Zitat beginnt das Buch von Rainer Rilling. Der Titel des Buches beschränkt sich zwar auf die Kriegsforschung und die „Vernichtungswissenschaft" in der Bundesrepublik, sein Inhalt geht aber über die räumliche Begrenzung (BRD) wie auch über die thematische Abgrenzung weit hinaus. Das ist gut so. Denn im Zusammenspiel zwischen Wissenschaft, Industrie und Militärpolitik kann nicht nur ein einzelner Aspekt dargestellt werden, sondern es kommt darauf an — um begreifen zu können —, die Verzahnungen kennenzulernen.

Die interessanteste und wichtigste Seite dieses Buches ist deshalb die Darstellung, wie sich allmählich ein „militärisch-industrieller Komplex" auch in der BRD herausgebildet hat. Dieses Kapitel umfaßt etwa die Hälfte des Buches. Die andere Hälfte — eine mehr historische Darstellung über die „Ausgangssituation 1955/56", über die „Schaffung der Grundlagen" und über die „Phase des Aufbaus" — ist zwar für „Forschungsforscher" wichtig, für den politisch Arbeitenden jedoch verhältnismäßig uninteressant.

Bleiben wir also beim zweiten Teil des Buches. Man erhält eine Fülle von Informationen, wie auf die Konzentration in der militärischen Forschung und Entwicklung zwangsläufig die Konzentration in der Produktion folgte und sich heute wieder mächtige Rüstungkonzerne etabliert haben. Die Gründe und Hintergründe sind genau ausgeleuchtet: Das Motiv der Konjunkturstabilisierung, das im Jahr der Rezession (1966/67) und in der Geburtsstunde der Großen Koalition von besonderer Bedeutung war, aber auch die außenpolitischen Zwänge, die den deutschen Ansprüchen auf Grenzrevision und Expansion immer wieder im Wege stehen. Wie gesagt — es gibt über diese Zusammenhänge viele Informationen, leider fehlt die systematische Zuordnung der verschiedenen Fakten.

Damit sind die wesentlichen Mängel des Buches bereits angesprochen: Es ist vor allem ein Werk für Fachleute. Schade, daß die großen Mühen des Autors um Fakten und Zahlen, um Quellenhinweise und Zitate wenigstens teilweise wieder zunichte gemacht werden — durch Unsystematik, durch Schlamperei, durch das Fehlen von Abkürzungsverzeichnissen, durch mangelhafte Erläuterungen von Fachausdrücken — kurz: durch das offensichtliche Unverständnis für die Schwierigkeiten eines lesenden Arbeiters.

Es scheint, daß das soeben erschienene Rowohlt-Taschenbuch „Der amerikanische Rüstungswahn oder: Die Ökonomie des Todes" eher geeignet ist, auch für Nichtfachleute das ökonomisch-militärisch-politische Zusammenspiel durchschaubarer zu machen. Eine Besprechung dieses Buches folgt in einer der nächsten Ausgaben.

H. Bader

Terminkalender

- **23. und 24. April**
  Zentrale Frauenkonferenz der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Essen.

- **29. April**
  Eröffnung der Ruhrfestspiele in Recklinghausen — Ende der Festspiele am 27. Juni.

- **14. und 15. Mai**
  Außerordentlicher Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf

- **20. bis 22. Mai**
  Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft in Köln.

- **22. und 23. Mai 1971**
  Kongreß „Arbeiterjugend kontra Monopole" im Ruhrgebiet

- **2. bis 5. Juni**
  8. Delegiertentag der Rundfunk-Fernseh-Film-Union im DGB in Westberlin.

- **10. und 11. Juni**
  7. Angestelltenkonferenz der IG Metall in Dortmund.

- **11. und 12. Juni**
  Bundesfrauenkonferenz des DGB in Kassel.

- **24. bis 26. Juni**
  Weltwirtschaftskonferenz der Gewerkschaften des IBFG in Genf.

- **26. September bis 2. Oktober**
  10. Gewerkschaftstag der IG Metall in Wiesbaden.

- **30. September und 1. Oktober**
  Außerordentlicher Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie in Oberhausen.

- **3. bis 9. Oktober**
  10. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Wiesbaden.

- **4. bis 8. Oktober**
  11. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Dortmund.

- **10. bis 13. Oktober**
  9. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Bad Harzburg.

- **24. bis 30. Oktober**
  9. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Nürnberg.

- **11. und 12. November**
  8. Deutscher Beamtentag des DGB in Bonn

- **18. und 19. November**
  8. Bundesjugendkonferenz des DGB in Dortmund.

- **25. bis 28. November**
  Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei in Düsseldorf.

Startzeichen für Rostock

Mit einem Diskussionsforum hat das Länderkomitee der Bundesrepublik für die Arbeiterkonferenzen der Ostseeländer, Norwegens und Islands das Startzeichen gegeben zu den Vorbereitungen der diesjährigen, 14. Arbeiterkonferenz, die vom 15. bis 17. Juli in Rostock stattfinden wird.

Nach einem kurzen Einführungsreferat diskutierten die Teilnemer Aufgaben und Ziele der Arbeiterkonferenz und sprachen sich für die Durchführung einer europäischen Sicherheitskonferenz sowie für die Aktionsgemeinschaft der europäischen Gewerkschaften aus.

Mit Bedauern stellten die Forumsteilnehmer fest, daß der DGB und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften sich bisher nicht entschließen konnten, mit einer Delegation offiziell an den Arbeiterkonferenzen in Rostock teilzunehmen, wie es die skandinavischen Gewerkschaften seit langem praktizieren. Dessen ungeachtet wird auch in diesem Jahr eine starke Delegation aktiver Gewerkschafter aus den Bundesländern Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen nach Rostock fahren.

Mit großem Interesse nahmen die Teilnehmer den Bericht eines dänischen Kollegen entgegen, der als Gast an dem Forum teilnahm. Harry Osborn, Vorsitzender der Maurergewerkschaft Ballerup und Mitglied des Ständigen Komitees der Abeiterkonferenzen, sagte, Europa könne zwar auf eine lange Friedensperiode zurückblicken, aber die anhaltenden politischen Spannungen verhinderten eine Stabilisierung.

In Dänemark wachse die Friedensbewegung besonders bei den Gewerkschaften und immer mehr Gewerkschafter forderten eine Friedenskonferenz aller europäischen Staaten, ohne Diskriminierung, unter Einschluß der DDR. Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR als notwendige Voraussetzung für die Entspannung sei in Dänemark eine Forderung, die starke Resonanz gefunden habe. Wie in allen skandinavischen Ländern, arbeite auch in Dänemark ein Anerkennungskomitee, an dem namhafte sozialdemokratische Parlamentarier beteiligt seien. sr

PERSONALIEN

Hans Eick, Hauptkassierer der IG Metall, feierte am 11. März 1971 seinen 65. Geburtstag. Eick ist gelernter Schlosser und seit 1920 gewerkschaftlich organisiert. Zum Hauptkassierer wurde Eick 1968 gewählt.

Karel Hoffmann, Vorsitzender des tschechoslowakischen Gewerkschaftsbundes, wurde Anfang März in diese Funktion gewählt. Er löste den bisherigen Vorsitzenden Jan Piller ab.

Kongreß „Arbeiterjugend kontra Monopole"

Ein Initiatorenkreis aus mehreren hundert Jugendfunktionären hat zum 22. und 23. Mai 1971 zu einem Kongreß „Arbeiterjugend kontra Monopole" aufgerufen, der im Ruhrgebiet stattfinden soll. Der Kongreß soll sich mit den Monopolen als den Hauptfeinden der Arbeiterjugend auseinandersetzen und die Forderungen der lohnabhängigen Jugend, insbesondere zur beruflichen Bildung, diskutieren.

Zu guter Letzt

Der Aufwand für Werbung im Jahr 1970 wird in der Bundesrepublik auf rund 18 Milliarden DM geschätzt. Das sind 2,7 Prozent des Bruttosozialproduktes.

Es ist gleichzeitig auch die Summe, die der Bund und die Länder für Bildungsaufgaben ausgeben.

NACHRICHTEN
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Die NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse" (März, Juni, September, Dezember — nur für Abonnenten).

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium:
Dr. Werner Petschick, 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307;
Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/8;
Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307; Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 10-58029-0 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/Main; Postscheckkonto Frankfurt 305040.

Einzelpr. 1,00 DM; Jahresabonnement 14,— DM, einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 7,— DM.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Druck: Plambeck & Co., Neumünster

NVG NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH. Frankfurt am Main